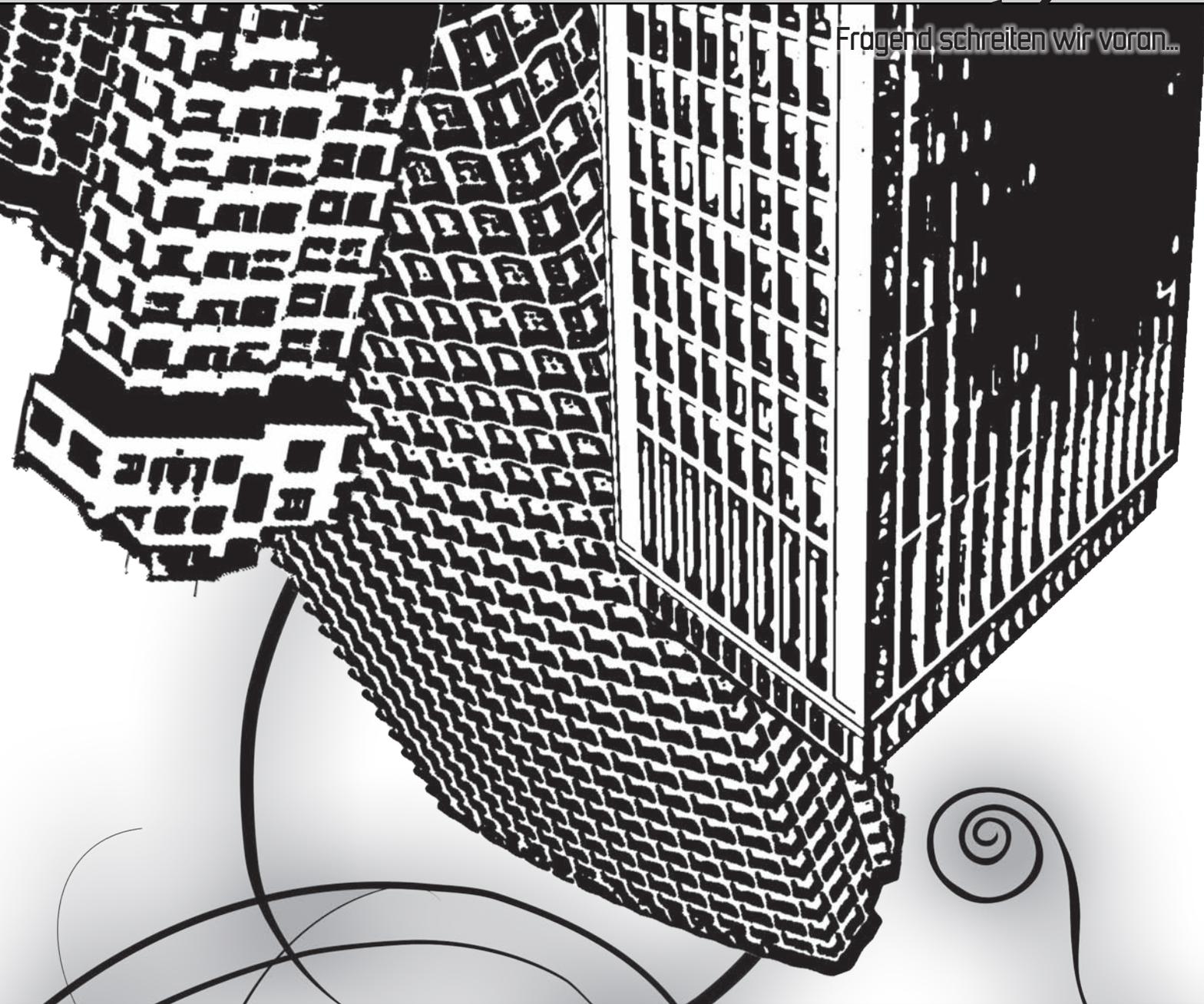


Zeitung des Basisdemokratischen Bündnis
// Zusammenschluss aller Basisgruppen //
Ausgabe zu den Uni-Wahlen 2009



Nr. 19 // Anfang '09

Zusammenhang*



Gesellschaft im Umbruch?

Krise, Bachelor, Protest und
Repression...

Uwahlen vom 13.01.09 - 16.01.2009: für einen emanzipatorischen AStA,
BB (Liste 8 im Studierendenparlament) und Basisgruppen wählen!



Editorial

Liebe Leser*innen,

Ihr haltet die aktuelle Ausgabe des ZUSAMMENHANGS in den Händen und damit unsere Zeitung zur Uniwahl 2009. Im Superwahljahr könnt ihr eure Kreuzchen zuallererst für einen basisdemokratischen AstA machen. Und im Gegensatz zu den Wahlen auf Bundesebene dürfte sich mit dem Wechsel des politischen Personals der Studierendenvertretung in Göttingen eine ganze Menge verändern lassen. Also, Kreuz und Stimme für Liste 8! Basisdemokratisches Bündnis wählen! Basisgruppen wählen!

Aber jenseits des Wahlbrimboriums dreht sich die Welt weiter. Die Erschütterungen der Weltmarktbeben sind nun auch im blauen Turm zu spüren. Die Illusion, dass sich eine Politik machen ließe, die ihre allgemeinpolitischen Implikationen ignorieren kann und sich auf wertfreie Servicepolitik kapriziert, dürfte damit genauso zerplatzt sein wie die Immobilienblase. Ein Grund mehr, die weltfremden Spinner von der ADF vor die Tür zu setzen, damit sie mal was von der Welt zu sehen bekommen. Eine erste Analyse dessen, was nach dem Platzen der Blasen nun auf uns zukommt, liefern wir auf den Seiten 18-21. Wie weiter in der Wirtschaftskrise? Antworten auf die Frage liefern auch die restlichen drei Vorträge aus der Veranstaltungsreihe „System failure...do not continue“ (S. 36).

In eine heiße Phase gehen auch die Proteste der Beschäftigten des Gastrobereichs am Uniklinikum. Gerade in Zeiten der um sich greifenden Krise gilt unsere Solidarität allen, deren Leben durch Outsourcing und Umstrukturierungen prekariert werden soll. Wir sprachen mit Aktiven vor Ort (S. 32).

Außerdem informieren wir euch über die neuen Unverschämtheiten, die das Studentenwerk so zum Jahresanfang plant: Mietpresserhöhungen um bis zu 20% lassen einem das fette Weihnachtessen wieder hochkommen. Die Informationspolitik des Studentenwerks tut ihr Übriges. (S.12)

Das Studium unter dem Vorzeichen des Bologna-Prozess macht keinen Spaß mehr. Um den Göttinger Studierenden das ganze dennoch schmackhaft zu machen, werden AstA-Mitglieder von Lobbygruppen bezahlt, um ihnen die Propaganda für den BA/MA auch noch als Informationsveranstaltung unterzujubeln (S.4f.). Währenddessen läuft die weitere Umstrukturierung auf Hochtouren. „Kompetenz“ wird dabei zum Schlagwort, unter dem die Selbsteinspeisung der Studierenden in den Verwertungsprozess in der Unterwerfungsinstanz Studium eingeübt wird (näheres auf den S. 4-8 und S. 26). Machen wir verrückt, was uns verrückt macht, und nehmen wir uns ein Beispiel an Studierenden in Italien, Frankreich und Griechenland (S.28). Solidarisch für eine bessere Gesellschaft. Dann kriegt nicht nur die Uni, sondern auch der Staat die Krise (S.18)

In dieser Ausgabe...

-  **Aktion gegen Bachelor (S.3)**
-  **Kompetente Inkompetenz - Mit Bologna in die Verwertungsmaaschine (S.4)**
-  **Schlechte Umsetzung mit System - Bachelor hält was er verspricht (S.4)**
-  **Stoppt die Evaluation - wir wollen mehr davon! (S.9)**
-  **LesBiSchwulesTrans-Referat an der Uni Göttingen (S.11)**
-  **Steigende Mieten (S. 12)**
-  **RFID-Chipkarten und Mensa (S.16)**
-  **Die Uni kriegt die Krise (S.18)**
-  **Tödliche Schüsse und das Monopol der Gewalt (S.22)**
-  **Studium als Unterwerfungsinstanz S.26**
-  **Studierende und Protest (S.28)**
-  **Repression ohne Ende (S.31)**
-  **Arbeitskampf am Klinikum (S.32)**
-  **A new Star... (S.34)**
-  **Basisgruppen (S.35)**
-  **Termine (S.36)**



500 Studierende demonstrieren gegen Bachelor und Bildungsklau

Am Dienstag, den 25.11.2008, versammelten sich Studierende der Georg-August-Universität Göttingen, am Vormittag zahlreich auf dem Zentralcampus, um gegen das entmündigende Bachelorsystem zu protestieren. Kritisiert wurden insbesondere der erhöhte Leistungsdruck, die beschränkende Übergangsquotenregelung zum Masterstudium und die zunehmende Verschulung des Studiums im Rahmen des Bologna-Prozesses.

Die Demonstrierenden stürmten sieben Vorlesungen im Zentralen Hörsaalgebäude und forderten die Kommiliton*innen auf, sich an der Protestaktion zu beteiligen. Viele folgten der Aufforderung und so manche*r Professor*in unterstützte die Aktion durch Abbruch seiner Vorlesung. In Redebeiträgen wurden die Studierenden dazu ermuntert, sich gemeinsam dem Bachelorsystem zu widersetzen und weitere

Proteste mitzutragen und mitzugestalten. Wer den Bachelor befürworte, unterstütze die systematische Entmündigung der Studierenden. Deshalb „Schluss mit der systematischen Zerstörung der Universitäten!“, wie es eine Sprecherin zusammenfasste.

Anschließend zogen die Studierenden in einer Spontandemonstration durch die Fußgängerzone zum Präsidium der Universität am Wilhelmsplatz, um auch dort ihre Forderungen lautstark kundzutun.

Nach den Schüler*innenprotesten der vorletzten Woche ist der Widerstand gegen den von oben organisierten Bildungsklau nun also auch bei den Studierenden an der Universität angekommen.

info@bb-goettingen.de



Spontandemo Richtung Innenstadt



Kompetente Inkompetenz

Im folgenden Artikel setzen wir uns mit der durch die Bolognareform in den Vordergrund gerückten Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden auseinander. Die Förderung der ‚Employability‘ ist neben der Schaffung eines gemeinsamen europäischen und international wettbewerbsfähigen Hochschulraumes und der Erhöhung der Mobilität der Studierenden eine der Hauptintentionen des Bolognaprozesses. Schlüsselkompetenzen, Fachkompetenzen, soziale Kompetenzen u.v.m. stellen die Pfeiler des neoliberalen Bildungsideals dar.

Seit Bologna soll es die primäre Aufgabe der Hochschulen sein, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der Studierenden zu stärken und zu entwickeln. „Der Bologna-Prozess steht für eine Verschiebung der Perspektive von einer auf die Darstellung von Inhalten ausgerichteten Lehre auf die Kompetenzgewinne der Lernenden und die Strategien, mit denen Lernprozesse angeregt und begleitet werden („Shift from Teaching to Learning“).“¹

¹ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Qualitätsverbesserung

Bestimmend soll nicht mehr sein, welches Wissen in den Seminaren und Vorlesungen behandelt wird, sondern welchen ‚output‘, in Form von Kompetenzgewinnen der Studierenden, die Lehrveranstaltungen abwerfen.

Statt freier und unabhängiger Wissenschaft, die sich an den Fragestellungen der jeweiligen Thematik orientiert, sollen den Studierenden nur noch Fähigkeiten vermittelt werden, die sie unmittelbar gewinnbringend in der beruflichen Praxis anwenden können. „Künftig werden die Universitäten ihr Aufgabenverständnis dahingehend erweitern müssen, dass auch sie einen großen Teil ihrer Absolventen gezielter als bisher darauf vorbereiten, wissenschaftliche Kenntnisse und Fertigkeiten in Beschäftigungskontexten außerhalb der Forschung anzuwenden.“²

von Lehre und Studium, 2008, Seite 18

² Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem, 2006, Seite 42

Schlechte Umsetzung mit System

Im Rahmen der Bachelor-Studiengänge läuft nicht immer alles rund. Das war auch in der letzten AstA-Revista zu lesen, der recht regelmäßig erscheinenden Zeitung des amtierenden AstA. Dort hatte die ehemalige Außenreferentin Imke Buß (ADF) ihre ganz persönliche Interpretation des Bologna-Prozesses dargestellt. Die Probleme insbesondere mit dem Bachelor seien Folgen „schlechter Umsetzung“ im Grunde positiv zu bewertender Reformideen. Wir hätten es also mit Entscheidungen zu tun, „die eigentlich nicht im Sinne des Bologna-Prozesses sind“.¹ Die von den politischen Entscheidungsträger*Innen verabschiedeten Erklärungen sprechen hier jedoch eine ganz andere Sprache. Die Bologna-Erklärung selber knüpft ganz ausdrücklich an die ihr vorhergegangene Sorbonne-Erklärung an, über die es dort heißt: „Die Erklärung betonte die Schaffung des europäischen Hochschulraumes als Schlüssel zur Förderung der Mobilität und arbeitsmarktbezogenen Qualifizierung seiner Bürger und der Entwicklung des europäischen Kontinents insgesamt.“²

Von der Ausrichtung der Hochschulen auf ökonomische Prozesse ist auch deren interner Ablauf dezidiert nicht ausgenommen worden: „Insbesondere müssen wir uns mit dem Ziel der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des

¹ Imke Buß: Der Bologna-Prozess. Die Umsetzung verbessert sich nur langsam

² Der Europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister 19. Juni 1999, Bologna . Seite 2



Bildungsziel Kompetenz?

Zentral für die Transformation des Bildungssystem zu einem berufsorientierten Ausbildungssystem ist der Begriff der Kompetenz. Unter Kompetenzen „versteht man nicht das Verhalten selbst, sondern die bei den Schülerinnen und Schülern verfügbaren oder von ihnen erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, die notwendig sind, um bestimmte Probleme bzw. Aufgaben lösen zu können“³ und „die damit verbundenen motivationalen, volitionalen [= willentliche Steuerung von Handlungen und Handlungsabsichten; BG Philo] und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können“⁴. Dieser zurechtgeschneiderte Sammelbegriff umfasst also

3 E. Klieme, Kompetenzmodelle zur Erfassung individueller Lernergebnisse und zur Bilanzierung von Bildungsprozessen, in: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 6/2006

4 BMBF, Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards, 2003, Seite 72

alle Erwartungen, die die Wirtschaft an zukünftige Arbeitskräfte stellt.

Den Schulen und Hochschulen, die in Zukunft hauptsächlich Kompetenzen vermitteln sollen, kommt somit die Aufgabe zu, nicht nur Techniken und Methoden zu lehren, sondern die Schüler auch psychologisch in die Lage zu versetzen, mit den sozialen, beruflichen und technologischen Veränderungen schrittzuhalten. (Wohlgemerkt heißt es in den Bekundungen der Politik stets nur ‚schritt halten‘ oder ‚Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen‘. Dabei wird unterschlagen, dass es weitaus wichtiger ist, dass Bildung den Menschen in die Lage versetzt, Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen zu üben und ihre Veränderung zu bewirken. Bildung ist keineswegs nur dazu da, dem Menschen ‚verstehen‘ zu machen, warum die Dinge so sind, wie sie sind.)

Die Orientierung an Kompetenzen und standardisierten Bildungszielen wurde wichtig, da die Industrie heutzutage nicht mehr in erster Linie auf fleißige Fließbandarbeit getrimmte Menschen benö-

europäischen Hochschulsystems befassen.“³ In diesem Sinne wird es als Ziel vergleichbarer Abschlüsse angesehen, „die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern.“⁴

Es geht beim Bologna-Prozess also zentral darum, die Konkurrenz auf allen Ebenen zu effektivieren, indem Vergleichbarkeit hergestellt wird: Vergleichbarkeit zwischen Hochschulen, aber auch Vergleichbarkeit zwischen Hochschulabsolvent*Innen. Das bei diesem Versuch, unterschiedliches auf einen Nenner zu bringen, die Bedürfnisse der Studierenden hinten runterfallen, darf also nicht verwundern. Schließlich geht es auch nicht um diese, sondern um die Stärkung des Wissenschaftsstandortes Europa. Dass diese Zusammenhänge bei der Autorin außen vor bleiben, ist dabei keineswegs verwunderlich. Schließlich hat sich die ADFlerin und ehemalige AstA-Referentin mittlerweile über den FZS hochgearbeitet zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und soll in dieser Funktion die Umsetzung des Bologna Prozesses unterstützen. In dieser Rolle ist es ihr Job, die Situation und die Hintergründe rund um Bachelor, Master und Bologna schönzureden. Warum sie dann allerdings in einem Blatt schreiben darf, das angeblich studentische Interessen zum Ausdruck bringen soll, möge sich jede*r selbst beantworten.

julian.bierwirth@bb-goettingen.de

3 Ebd.

4 Ebd., Seite 3



tigt, sondern hochmotivierte und -adaptive Arbeitskräfte, die unter vorgegebenen Zielsetzungen ihre Aufgaben mit Engagement erfüllen. So forderte der European Round Table of Industrialists (ERT) schon 1994 in einer Broschüre, die für den Bolognaprozess von entscheidender Bedeutung war, „that the product of this Education Chain should be well-rounded individuals with a wide rather than deep knowledge and skill base, trained to learn how to learn and to be motivated always to learn more.“⁵ „Employers need people with self-discipline who can adapt to continuing change and meet endless new challenges.“⁶

Pisa als Vorwand



Mit der PISA-Studie der OECD von 2003 wurde in Deutschland die Diskussion über Bildungsstandards angestoßen. Diese sehen vor, dass der Staat feste Bildungsziele in Form von Kompetenzanforderungen definiert, die von den einzelnen Schulen erfüllt werden sollen. Ein Schwerpunktprogramm «Kompetenzmodelle zur Erfassung individueller Lernergebnisse und zur Bilanzierung von Bildungsprozessen» der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) arbeitet derzeit unter der Leitung von Prof. Dr. Eckhardt Klieme, der bereits 2003 für die Kultusministerkonferenz (KMK) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Expertise «Zur

⁵ ERT, Education for Europeans Towards the Learning Society, 1994, Seite 7

⁶ Ebd. Seite 17

Entwicklung nationaler Bildungsstandards» schrieb, an der Entwicklung von «Kompetenzmodellen».

„Der Messung von Kompetenzen kommt [...] eine Schlüsselfunktion für die Optimierung von Bildungsprozessen und für die Weiterentwicklung des Bildungswesens zu. Von der pädagogisch-psychologischen Forschung wird erwartet, dass sie entsprechende Meßverfahren bereitstellt als Basis für Förder-, Platzierungs- und Auswahlentscheidungen für Beratung und Zertifizierung von Lernenden, aber auch für die Evaluation von pädagogischen Maßnahmen und Institutionen, sowie die laufende Beobachtung der Qualität von Bildungssystemen und ihrer gesellschaftlichen Wirkungen.“⁷ Zudem dient die Neufassung des Bildungsbegriffs als „pragmatische Antwort auf die Konstruktions- und Legitimationsprobleme traditioneller Bildungs- und Lehrplandebatten.“⁸ Einfache und einleuchtende Definitionen, die eindeutig festlegen, wozu die ganze Bildung gut sei und was dabei herauspringt, erhöhen die Akzeptanz: Bildung ist eine Investition in Dein Humankapital. „Der Kompetenzbegriff ist zentral für empirische Studien, die sich mit der Entwicklung von Humanressourcen und der Produktivität des Bildungswesens befassen.“⁹

Nicht zuletzt ist die Intention ausschlaggebend, Bildung mess- und überprüfbar zu machen. Kompetenzen, da sie „praktischerweise“ in Form eines ‚can-do statements‘, vorliegen, können durch leicht generierbare sets von Schulaufgaben, einfach abgefragt werden. Mithilfe überregionaler Tests wird ein breites Bildungsmonitoring installiert, das die Qualität der Schulen und der Schüler misst, überwacht und sichert. „Aus einer Nutzerperspektive sollen diese Kompetenzmodelle und Meßinstrumente künftig erlauben, bildungsbezogene Entscheidungen über

⁷ E. Klieme, Kompetenzmodelle zur Erfassung individueller Lernergebnisse und zur Bilanzierung von Bildungsprozessen, in: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 6/2006

⁸ BMBF, Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards, 2003, Seite 9

⁹ E. Klieme, Kompetenzmodelle zur Erfassung individueller Lernergebnisse und zur Bilanzierung von Bildungsprozessen, in: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 6/2006



Einzelpersonen besser als bisher vorzubereiten.“ 10

Bologna zu Bolognese

Es gilt die Bologna-Reformen grundlegend zu hinterfragen und ihre Grundannahmen in Frage zu stellen: Wem nutzt die Erhöhung der Employability der Studierenden wirklich? Sind die Interessen der deutschen Wirtschaft mit den derjenigen, die in Schule und Uni die Bank drücken, identisch? Ist eine unabhängige Wissenschaft nicht viel wertvoller für die Gesellschaft? Der Begriff Kompetenzförderung ist nicht äquivalent mit einer Verbesserung der Lehre, sondern Schlagwort eines politischen Programms: der durch Psychologie und Pädagogik optimierten Ausbeutung des Menschen im Sinne des Kapitalismus.

Imke Buß, ehemalige fzs-Vorsitzende und jetzige ADF-Außenreferentin im AStA, preist die Bolognareform an: Nur die Umsetzung sei das Problem und die Reform im Grunde fabelhaft. Dem ist entschieden zu widersprechen. Die Standardisierung der Lehrpläne und die Abrichtung der Studierenden zum wirtschaftlichen Heizmaterial liegt in der Absicht des Bachelorsystems. Nicht umsonst spielten die Interessen des ERT eine entscheidende Rolle bei der Formulierung der Bologna-Erklärung. Wer nur die Umsetzung der Bolognareform kritisiert und ihre Kernthesen bejaht,

10 Ebd.

geht der Propaganda auf den Leim. So ist Imke Buß im Projekt «Promoting Bologna» des DAAD tätig und darf damit verbunden den Titel «Bologna-Expertin» tragen.

Die Kompetenzen sind als Problemlösungsfähigkeiten konstruiert. Doch das Leben besteht nicht aus einer Kette zu lösender Probleme, die sich scheinbar naturgegeben aneinanderreihen. Die Konstruktion von Problemstellungen und Anforderungssituationen ist in der Realität selbst nie unproblematisch. Eine genaue Reflektion eines Themas kann nicht an einem konkreten, abschließenden Ergebnis orientiert sein, sondern erfordert stetiges Hinterfragen und Zweifel. Ein unkritisches Erfüllen von vorgegebenen Anforderungen vergisst, den vorgegebenen Rahmen und stillschweigende Prämissen zu sprengen und zu durchdenken: Wer profitiert davon, dass ich diese Aufgabe löse?, Ist das Produkt, für das ich das Marketing betreiben soll, wirklich so wertvoll?

Zum anderen wird häufig bejubelt, dass die neue, ganzheitliche Sicht das gesamte Individuum (eben einschließlich seiner Motivationen usw.) berücksichtigt. Hierbei wird häufig verkannt, zu welchem Zweck das Bildungssystem umgeordnet wird. Es wird damit der Bildungsinstitution zugebilligt, Zugriff auf alle Lebensbereiche der Studierenden zu haben, um sie im Sinne gesellschaftlicher Partikularinteressen

Steckst auch Du in der Bachelorpresse?

Du bist ausgebrannt und gestresst von Deinem Studium? Du hast keine Zeit mehr für die schönen Dinge im Leben, weil das Lesepensum und die Arbeitsbelastung zu hoch sind? Deine Kommilitonen gieren nach Noten und Du mutierst selbst zum Streber aus Angst davor keinen Masterstudienplatz zu bekommen?

Wir sind ein linkes Aktionsbündnis, das sich aus genau diesen Gründen zusammengeschlossen hat. Wir wollen sowohl konkrete Aktionen auf die Beine stellen, als auch Zusammenhänge zwischen der momentanen Studiensituation und dem „großen Ganzen“ der restgesellschaftlichen Misere diskutieren.

Unsere Treffen finden wöchentlich immer dienstags um 18 Uhr im Autonomicum statt. Wenn Ihr

Lust an kritischem Diskurs und aktionsorientiertem Arbeiten habt, dann kommt vorbei!



Steckst auch Du in der Bachelorpresse?

Offene Treffen jeden Dienstag,
ab 18 Uhr, im Autonomicum!



zu unterrichten und zu formen. Ein Beispiel hierfür ist die Wiedereinführung von längst überwunden geglaubten Verhaltensnoten in den Schulen, die konformes und angepasstes Verhalten belohnen und als abweichend stigmatisierte Einstellungen ausgrenzen.

Aufstieg durch Regression?

Intellektuelle Selbstbestimmtheit und Selbstbewusstsein des Wissenschaftlers sind nicht gewollt und werden verwehrt. Der Forscher soll nicht hinterfragen, zu welchen Zwecken er arbeitet und wem seine Erkenntnisse zugute kommen, sondern diese allenfalls als Wohl der Gesellschaft verherrlicht wahrnehmen. Statt dem wissenschaftlichen Interesse zu folgen, soll er unter fremden Zielen Probleme lösen und handhabbare, ökonomisch verwertbare Antworten produzieren.¹¹

Außerdem soll mit dem Irrglauben der Messbarkeit von Bildung der Eindruck der Objektivität der erfolgreichen schulischen Selektion gesichert werden. Das System leicht verständlicher und verbindlicher Standards, das den ‚outcome‘ von Bildungseinrichtungen quantifiziert und vergleicht, dient dazu, die Akzeptanz von vermeintlich sachorientierten Bewertungsmechanismen (bei der Vergabe von Zertifikaten, Benotung und dergleichen) zu erhöhen. Diese Akzeptanz ist bei der Konstitution und Einsetzung gesellschaftlicher Eliten von entscheidender Be-

¹¹ Im neuen Wissenschaftssystem bleibt ein Rest freier Forschung als sogenannte Grundlagenforschung erhalten, der notwendig ist, um nicht in völligen Stillstand zu verfallen. Dieses Restderivat wissenschaftlicher Freiheit ist jedoch als Hilfswissenschaft für die angewandte Forschung gebrandmarkt, die trotz fehlender unmittelbarer ökonomischer Nutzbarkeit als kleineres Übel betrieben werden muss und gleichzeitig als Feigenblatt dient.

deutung: „Das Image der deutschen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren verbessert. Dazu gehört auch eine wesentlich stärkere Ausrichtung unseres Bildungssystems auf das Fordern, Erkennen und Fördern von Leistung. Wir brauchen Eliten, um den Anforderungen national und international gerecht werden zu können.“¹²

Beispielhaft für die Inanspruchnahme des Bildungsbegriffs für gesellschaftspolitische Machtinteressen ist die anlaufende Qualifizierungsinitiative von Bund und Ländern, die auf dem Bildungsgipfel 2008 als einziges Ergebnis beschlossen wurde und den Titel ‚Aufstieg durch Bildung‘ trägt. Nachdem es nicht mehr zu leugnen und mittlerweile empirisch nachgewiesen ist¹³, dass durch Studiengebühren und Bachelor die soziale Selektivität des Bildungssystems enorm zugenommen hat, wird offenbar versucht, einen Vertrauensverlust des Bildungssystem durch Bedienung der Aufstiegsinteressen der ärmeren Klassen auszugleichen. Bildung erfüllt hier den Zweck der Legitimation sozialer Unterschiede.

Basisgruppe Philosophie

<http://basisgruppephilosophie.wordpress.com/>

¹² Aus dem Grußwort von Dr. Dieter Hundt (Arbeitgeberpräsident BDA/Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) zur Fachtagung „Talente im Fokus“ am 20. November 2008

¹³ Vgl. die HIS-Studie zu den sozialen Auswirkungen von Studiengebühren (http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-200815.pdf), die 18te Sozialerhebung der Deutschen Studentenwerke oder den Studierendensurvey des BMBF

★theaterkeller★
göttingen · geismarlandstraße 19 · 0551/43778

Neben netter Atmosphäre und günstigen Getränken bietet der T-Keller einen kostenlosen Kicker und Billiard-Tisch sowie diverse Veranstaltungen und Parties. Der T-Keller versteht sich als linker Freiraum und wird von einem Kollektiv betrieben.



Stoppt die Evaluation - wir wollen mehr davon!

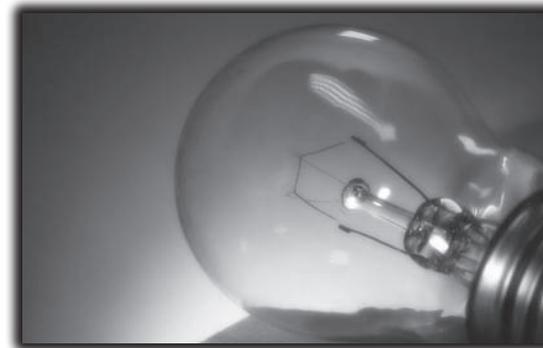
An der Universität Göttingen gibt es ein Problem. Evaluationsfragebögen sollen die Lehre verbessern. Doch hinter dem postulierten Ziel steckt viel mehr, als es der erste Eindruck vermuten lässt.

Diejenigen, die schon länger in Göttingen studieren, kennen ihn vermutlich schon. Andere werden ihn noch kennenlernen: den lästigen Fragebogen für die Evaluation der Lehre. Aber warum ist er so lästig? Lästig nicht etwa deshalb, weil er immer dann auftaucht, wenn das Semester seinem Ende entgegen geht. Lästig auch bestimmt nicht deswegen, weil ein Ziel der Fragebögen die Verbesserung der Lehre sein sollte. Nein, ...lästig ist er, weil er nicht nur ein Ziel verfolgt, sondern mehrere. Lästig ist er auch, weil er, nachdem er ausgefüllt worden ist, in der Versenkung verschwindet und wir nicht wissen, wer ihn in die Hände bekommt und welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

Aber der Einsatz von Evaluationsfragebögen sollte nicht isoliert, sondern im Kontext der Ökonomisierung der Hochschulen betrachtet werden. Schon seit geraumer Zeit kann man beobachten, wie die neoliberalen Reformen die Universitäten zu betriebswirtschaftlichen Dienstleistern degradieren. Die Hochschulen sollen sich dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb unterwerfen. Das sehen auch die Vertreter und Vertreterinnen der Bertelsmann-Stiftung so, die maßgeblich an der Umstrukturierung der Hochschulen beteiligt sind.¹

¹ Die wettbewerbsorientierte Hochschule konkurriert national und international um Studienanfänger, Studierende, Wissenschaftler, Ressourcen und Reputation. „Leitbild Wettbewerb des CHE (Centrum für Hochschulentwicklung, ein think tank der Bertelsmann-Stiftung). Als Leitbild dient die Idee der „entfesselten Hochschule“.

Um wettbewerbsfähig zu sein, muss jedoch zuerst eine Vergleichbarkeit und Messbarkeit geschaffen werden. Bildung aber lässt sich weder messen noch vergleichen. Wie selbstverständlich greifen wir auf Wissen zurück, das Generationen vor uns unentgeltlich an uns weitergegeben haben. Was und wie viel bei den jeweiligen Personen angekommen ist und zu welchem Zweck es benutzt wird, lässt sich nur erahnen. Auch das Wissen, das wir uns selbstständig und außeruniversitär angeeignet haben, entbehrt jeglicher Vergleichbarkeit. Deswegen wird die Vergleichbarkeit künstlich geschaffen. Der Bachelor ist hierbei nur ein Beispiel unter vielen. Die Verschulung, wo alle das gleiche lernen und zu wenig Zeit vorhanden ist, sich über den Lehrplan hinaus zu bilden, durch eine strikte Modularisierung, durch Klausuren oder durch Noten. Dies alles sind Maßnahmen, die ergriffen werden, um eine Vergleichbarkeit herzustellen, welche die Grundlage der kapitalistischen Verwertungslogik ist.



Dieser kapitalistischen Verwertungslogik folgt auch die Idee der Evaluationsfragebögen: Sie sollen über Personalentscheidungen bestimmen, die Verteilung von Mitteln rechtfertigen und können als Entschuldigung für beschlossene Rationalisierungsmaßnahmen missbraucht werden. Die Lehrenden werden somit vermehrt und systematisch unter Druck gesetzt. Immer größer wird dadurch die Bereitschaft, sich den Vorgaben der Uni zu unterwerfen. Der Zugang zur Bildung ist somit nicht nur kostenpflichtig, sondern auch noch autokratisch reglementiert. Wer hier be-



stimmt, was gelehrt wird, sind diejenigen, die sowie schon zuviel Macht haben: der Unipräsident und die Vertreter und Vertreterinnen von Wirtschaft und Politik, die im Stiftungsrat die Entscheidungen über die Köpfe der Leute hinweg treffen. „Die Vermarktung von Bildung im Sinne einer „Dienstleistung“ wird weltweit von einem Netzwerk von Organisationen, Forschungszentren und privaten Institutionen vorangetrieben.“² Sie alle folgen derselben Logik: Bildung soll verwertbar gemacht werden.

Doch wer will sich schon immer als Opfer der Strukturen beklagen. Wenn die voranschreitende Privatisierung der Bildung den Spielraum verkleinert, dann muss mensch den Spielfeldrand aufbrechen und sich Freiräume erkämpfen. Wir wollen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Bildung den Bach hinuntergeht und unsere Einflussmöglichkeiten von Tag zu Tag sinken. Wir wollen unser Studium selbst bestimmen, unsere Lehre selber gestalten, wir wollen gemeinsam arbeiten und nicht gegeneinander. Deshalb hat die Basisgruppe Ethnologie die EVA (Evaluationsgruppe) gegründet. Wir wollen nicht nur nicht den Herrschenden die Gestaltung unserer Seminare und Vorlesungen überlassen, wir wollen sie auch selber evaluieren.

² Zu ihnen gehört die 1995 gegründete WTO (World Trade Organization - Welthandelsorganisation). Das für Bildung relevante Abkommen ist die GATS-Vereinbarung (General Agreement on Trade in Services - Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen). Alle Bildungsbereiche sollen der öffentlichen Kontrolle entzogen werden und privaten Bildungskonzernen überantwortet werden.



Aber ohne eigene Initiativen funktioniert das nicht und auch nicht ohne eigene Ideen. Wenn die Evaluationsfragebögen also nicht nur die Verbesserung der Lehre im Sinn haben und auch noch in ihren Möglichkeiten begrenzt sind, was für eine Evaluation wollen wir denn dann?

Die EVA versucht es seit diesem Semester mit Gesprächsevaluation. Denn Evaluation ist nicht nur wichtig, um die gemeinsame Arbeit in den Seminaren zu reflektieren, sich Gedanken über positive, wie negative Aspekte zu machen und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten, sondern auch um die gängigen Redemuster und Geschlechterhierarchien aufzubrechen und zu hinterfragen. Wir wollen auf ein Klima hinarbeiten, in dem Kommunikation nicht von wenigen beherrscht wird, sondern ein möglichst breitgefächertes Stimmungsbild zu Tage fördert.

Das geht aber nur, wenn Studierende und Dozierende gemeinsam an der Verbesserung der Lehre arbeiten, sich freiwillig einbringen und die Anliegen der jeweiligen Personen ernstgenommen werden. Kurz: Wenn eine Verbesserung der Kommunikations- und Arbeitsstrukturen stattfindet. Dies ist ein gemeinsames Projekt, das ohne Partizipation aller an der Lehre nicht zu realisieren ist.

In diesem Sinne: überlasst die Qualität der Lehre nicht anderen, um Euch dann darüber zu beschweren, sondern gestaltet Eure Bildung aktiv mit. Unterwerft Euch nicht der Verwertungslogik des Kapitals, sondern helft mit, die Strukturen anzugehen.

Basisgruppe Ethnologie
bg_ethno@gmx.de



ist dazu eingeladen und aufgefordert, mitzuhelfen!

Wir sind (vorerst) jeden Dienstag von 11 - 13 Uhr im „FSR SoWi Raum“ (im Oeconomicum) anzutreffen! Oder Ihr schreibt erst ne eMail an: LGBT_Referat@gmx.de

COME OUT OF THE CLOSET

lesbischwules referat der uni göttingen

Bis vor einigen Jahren gab es auch an der Universität Göttingen noch ein lesbischwules Referat. Dorthin konnten sich homosexuelle, bisexuelle und transgender Studierende richten. Es stellte eine Anlaufstelle dar für Fragen zur „Szene“, Problemen mit Homo-/Transphobie oder einfach um sich zu einem netten Gespräch zu treffen. Dagegen hat die Mehrheit des bisherigen AstA der Uni allerdings etwas! Nach deren Ansicht ist die Gleichstellungsbeauftragte zuständig für solcherlei Fragen, darum brauche es kein gesondertes Referat ...

Dies geht nur leider völlig an der Realität vorbei: Es ist anmaßend, der Gleichstellungsbeauftragten auch noch diese Aufgabe aufzubrummen. Außerdem braucht es unserer Meinung nach ein Referat, in dem Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans* Menschen gemeinsam arbeiten können! Es muss den Menschen, die dort Hilfe/Gespräche/Infos suchen, ein adäquates Umfeld gegeben werden! Wir lassen uns nicht unsichtbar machen! **Das lesbischwule Referat ist ab jetzt wieder da!!** (vorerst auch ohne Unterstützung durch den AstA)

- Wer, wo und wann ist das lesbischwule Referat?

Wir sind eine lose Gruppe von Menschen, die sich selbst als homosexuell, transgender oder bisexuell begreifen. Um später auf einer Struktur aufbauen zu können, gibt es schon mal einen Schwulenreferenten, eine Lesbenreferentin und eine_n Trans*referent_in. Dieses „wir“ soll betont kein geschlossener kleiner Kreis von Personen sein. Jede_r

- Wann kann ich mich ans lesbischwule Referat wenden?

Grundsätzlich immer, wenn Du dich über den homo-/transphoben Uni Alltag auskotzen möchtest, ein nettes Gespräch unter Homos suchst oder einfach nur wissen möchtest, wann und wo in Göttingen denn bitte das nächste mal ne Gay- Party stattfindet.

- Was kann ich machen, damit das lesbischwule Referat offiziell anerkannt und damit finanziell unterstützt wird?

Wählt die Basisgruppen! Wählt nicht ADF! Nicht RCDS! ADF und RCDS sind die Gruppen, die das lesbischwule Referat abgeschaltet haben!

Die Basisgruppen werden sich einsetzen für eine finanzielle Unterstützung des lesbischwulen Referates!

LGBT_Referat@gmx.de





Ab 2009 wird's teuer für Studierende der Universität Göttingen

Laut einer Studie des Hochschul Informations Systems, haben sich für das Wintersemester 08/09 rund 18000 Abiturient*innen gegen ein Studium an Deutschen Hochschulen entschieden. Dies korreliert laut Ergebnissen der Studie mit der Einführung von Studiengebühren.

„Wie jetzt bekannt wurde, verzichten insbesondere Frauen und junge Menschen aus weniger gebildeten Familien wegen der zu bezahlenden Bildung auf ein Studium.“¹

Was also bereits vor Jahren kritisiert worden ist, wird nun bittere Realität. Nachdem zunächst bildungsferne und ärmere Schichten durch das patriarchal formierte dreigliedrige Schulsystem gesiebt sind, funktioniert der zusätzlich eingeführte Filtermechanismus inzwischen einwandfrei. Doch damit nicht genug. Auch Institutionen, auf die wir uns bislang verlassen haben (der Staat gehört explizit nicht dazu), fallen uns in den Rücken. Zusätzlich zu dieser finanziellen Belastung nämlich, folgte zunächst der rechts-konservative AstA mit einer Erhöhung des Semesterbeitrags um 25% (für einen ungefragten und umstrittenen Partykeller) und dann das Studentenwerk, indem es ab dem 1. Januar 2009 die Mietpreise für Studierendenwohnheime anheben wird. Es ist folglich davon aus zu gehen, dass die gesellschaftliche Ungleichheit im Studium perspektivisch größer wird.

Was erwartet uns ab dem 1. Januar?

Die Frage ist nicht so leicht zu beantworten. Denn

¹ Die Studie ist im Internet zu finden: Willich: Studienanfänger im Wintersemester 2007/08. HIS, Oktober 2008

obwohl das Studentenwerk daran festhält, eine transparente Politik betrieben zu haben, fiel es uns (den Autor*innen) außerordentlich schwer, an die entscheidenden Infos zu kommen: Um wieviel Prozent steigen die Mietpreise ab dem 1. Januar 2009? Was ist die Begründung für die Mietsteigerung? Und wie kommt es dazu, dass ein derartiges Haushaltsloch im Etat des Studentenwerks entstehen konnte? Auf all diese Fragen haben wir bislang keine befriedigende Antworten erhalten und beziehen uns deswegen auf Versatzstücke, auf die wir während unserer Suche gestoßen sind.

Angeblich sollen die Mietpreissteigerungen für verschiedene Wohnheime unterschiedlich hoch sein. Das reicht von Erhöhungen von satten 20% bis hinab zu 5% im besten Fall. Anscheinend sind manche Häuser auch gar nicht von Erhöhungen betroffen.²

Entscheidend ist demnach im Moment nicht die genaue Größe der Erhöhungen, da dies Zahlen sind, auf denen die Studierendenvertretung im Studentenwerk bislang sitzen bleibt. Wichtig ist, dass selbst die niedrigsten Zahlen bei 5% anfangen. In Anbetracht der generellen finanziellen Lage von Studierenden, stellen diese Erhöhungen unzumutbare Bedingungen dar und stehen im direkten Widerspruch zum Auftrag des Studentenwerks. Um dies zu verdecken, scheint das Studentenwerk und dessen Vertreter*innen, eine intransparente und defensive Kommunikationsstrategie zu fahren.³

² Dies haben wir aber bislang nur als Gerücht vernommen. Sobald wir an die offiziellen Zahlen geraten, werden wir diese selbstverständlich auf unserer Homepage veröffentlichen.

³ Diese Defensivität zeichnet sich im wesentlichen dadurch aus, dass es scheinbar bloß darum geht bestehende Gerüchte



At a place called Vertigo

Ein neuer Gaul wurde ins Rennen geschickt: das Vertigo. Der neue Veranstaltungs- und Partykeller unter dem Verfügungsgebäude (VG) auf dem Hauptcampus der Universität soll der ADF einen Wahlsieg beschern und wird entsprechend im Wadenbeißer und in der AstA-Revista als das neue, heiße Projekt verkauft. Wie Sauerbier. Denn so richtig vom Hocker reißen tut der Laden wohl niemanden. Shootingstars sehen anders aus.

Kein Wunder, stammt Vertigo doch vom lateinischen „Schwindel“ ab. Ebenfalls kein Wunder dürfte in diesem Zusammenhang sein, dass der Name des Clubs gleichzeitig der Titel eines Horrorfilms von Alfred Hitchcock ist. Und auch der gleichnamige Song von U2, an dem der Titel wohl gebildet sein dürfte, passt ins Programm: „Lights go down/It’s dark/The jungle is your head/Can’t rule your heart“. Eine Kopfgeburt, die ihren geistigen Vätern als

furchtbar wilde Sache vorkommen mag und für die sich außer dem zuständigen Sachbearbeiter Andreas Redeker niemand so recht begeistern mag.

Erinnern wir uns: um die Inneneinrichtung des Ladens zu finanzieren, musste der AstA den Semesterbeitrag um 2 Euro und damit um satte 25 % erhöhen. Zusätzlich hat die Uni noch mal eine Viertelmillion Euro in den Umbau des Kellers gesteckt. Begründet wurde dieser Kraftakt mit den vielfältigen Möglichkeiten, die dieser Raum für die Studierendenschaft bereithielte. Das sah die jedoch anders und so gab es recht bald eine von fast allen Fachschaften unterstützte Unterschriftenliste, in der sie deutlich klarmachten, dass der Raum für sie keinerlei Attraktivität verspräche und sie ihn wohl auch nicht nutzen würden.

Die Liste der Kritik war seinerzeit lang: die Benutzung sei für studentische Gruppen zu teuer, *(Weiter auf S. 14)*

Als Begründung für die Mietpreiserhöhung wird angeführt, dass das Land dem Studentenwerk keine Mittel mehr zur Verfügung stellt. Darüber hinaus müssen bis 2020 bis zu 40 Mio. Euro aufgebracht werden, um anstehende Renovierungen zu finanzieren. Dies muss als Folge einer über Jahre dauernden maroden Finanzpolitik des Studentenwerks betrachtet werden. In dieser Zeit hat das Studentenwerk nämlich eine unglaubliche Anpassungsfähigkeit bewiesen, was die Weitergabe von Richtlinien von oben nach unten betrifft. Nachdem es sich in diese Bredouille manövriert hat, bleibt dem Studentenwerk keine große Wahl. Entweder es schröpft die Studierenden, die schon seit langem in einen etwas lethargischen Schlaf gefallen sind und keinen nennenswerten Widerstand organisieren wollen, oder es versucht - in Konfrontation zum Land - dem Etat weitere Mittel abzurufen. Die Entscheidung ist

leicht gefallen. Auch wenn dann der soziale Auftrag des Studentenwerks mal nicht so genau genommen werden muss.

Schönreden leicht gemacht...

Auf Anfrage des Fachschaftsrates der Philosophischen Fakultät bezüglich der steigenden Mietpreise, verfasste der studentische Vertreter Stefan Christmann - seines Zeichens Sozialdemokrat - eine umfassende Erklärung zu den steigenden Mietpreisen ab dem 1. Januar 2009. In diesem proklamiert er, seinen Pflichten der Informationsweitergabe nachgekommen zu sein und dass auch das Studentenwerk ausreichend über die Mietpreissteigerung informiert habe. So heißt es in seiner Stellungnahme dazu:

„Das Verfahren um die Mietpreiserhöhungen zum 1.1. war ein äußerst transparentes Verfahren. Das Studentenwerk Göttingen ist eine Organisation,

zu entkräften, aber keinerlei Interesse besteht den gesamten Entscheidungsprozess umfassend transparent zu machen.



(Fortsetzung von S. 13)

die Reservierungsmarathon zu bürokratisch und der mit nur einem Raum konzipierte Partykeller ohnehin nur für Nichtraucher*Innen-Parties geeignet. Der AStA zeigte sich davon unbeeindruckt und setzte sein Monument dennoch unter das VG. Schon bei der Eröffnungsparty wurde auch dem AstA bewusst, dass auch in diesem Fall nicht alles Gold ist, was glänzt. Da es keine beheizte Möglichkeit zum Rauchen gab, hatte sich ein überaus renitentes Individuum die Kippe doch glatt im Keller angezündet. Woraufhin umgehend die Polizei gerufen wurde. Auch der Vorwurf, die ADF wolle den Raum nur zu ihrem Privatvergnügen bauen, hat sich in gewisser Weise bewahrheitet. Auf der Eröffnungsparty nämlich gab es Freibier – allerdings nicht für die zahlenden Gäste,

sondern für eine extra geladene Clique von Hochschulpolitiker*Innen.

Und so waren alle bisherigen Veranstaltungen im Vertigo bislang auch nur unter massiver organisatorischer Hilfe aus dem AStA zustande gekommen. Das großartige Kulturprogramm, das im wesentlichen aus Kartenspielen wie der Doppelkopfhochschulmeisterschaft, Konzerten von UniRoyal und Erasmus-Parties besteht, versucht krampfhaft den Anschein zu erwecken, als würde der Keller von der Studierendenschaft tatsächlich genutzt.

julian.bierwirth@bb-goettingen.de

die Mitbestimmung lebt: Entsprechend der studentischen Selbstverwaltung sind die Mieterhöhungen in allen Wohnheimen vom Abteilungsleiter Wohnen vorgestellt und diskutiert worden.

Nun haben uns jedoch Informationen erreicht, dass keineswegs alle Wohnheime zu einem solchen Austausch eingeladen worden sind. Informationen darüber, welche Wohnheime denn überhaupt angesprochen worden sind, liegen uns derzeit nicht vor. Fakt ist, dass in dieser Hinsicht keinesfalls eine ausreichende Transparenz existiert hat.

Nachdem sich infolgedessen eine Initiative gegründet hatte, die versuchte an eben diese Informationen zu gelangen, reagierte das Studentenwerk prompt mit einer weiteren Versammlung, zu der wiederum nicht alle Wohnheime eingeladen wurden. Auch dort ist unklar, wer alles eingeladen und anwesend war. Anscheinend herrscht von Seiten des Studentenwerks ein solches Verständnis von Transparenz, welches im wesentlichen eine minimalistische Informationspolitik beinhaltet (Siehe Fußnote 3). In dieser Informationsversammlung sollte es darum gehen, *Gerüchten, es würde eine allgemeine Angleichung an den Göttinger Mietspiegel geben, zu entkräften*. Das Studentenwerk ist seinen Pflichten nachgekommen, denn es hatte ihre Aufgabe „erledigt“ und ist den „Gerüchten“ entsprechend begegnet. Dass diese Gerüchte aber aus ihren eige-

nen Reihen stammten, wurde nicht auf der Veranstaltung erwähnt.

Es folgt aus dem Dargestellten, dass es keinerlei transparente Informationspolitik von Seiten des Studentenwerks gegeben hat und dass auch die studentische Vertretung sich nicht bemüht sah, sich dieser Aufgabe an zu nehmen. In seiner Darstellung heißt es laut Stefan Christmann dann so:

„Ihr seid im übrigen der erste Fachschaftsrat, der direkt Kontakt zu den StudierendenvertreterInnen im Studentenwerk aufnimmt.“

Dass es die eigentliche Aufgabe der Studentischen Vertretung im Studentenwerk oder aber auch des AStA wäre, die Studierendenschaft umfassend über solcherlei Entwicklungen zu informieren, verschweigt er und tut so, als wäre es klar, dass ihm jede Information aus der Nase gezogen werden müsse. Aber natürlich informiert man „serviceorientiert“, wie man sich gibt, vom Rosa-Luxemburg-Haus aus lieber über den nächsten AStA Casino-Abend, als über die eigene Unfähigkeit, eine Auseinandersetzung mit dem Studentenwerk an zu gehen. Aber diese Auseinandersetzung wäre bitter nötig.

Die Gründe, die Pfründe

Die studentischen Vertreter*innen fahren den glei-



chen Kurs, der auch aus den Chefetagen des Studentenwerks zu vernehmen ist: *Uns sind die Hände gebunden, wir können nichts machen, das Land will nicht... wir armen Schweine.*

Es ist aber auch kein Zufall, dass die Reaktion derart obrigkeitshörig ausfällt. Denn sich zu überlegen wie man (gemeinsam mit organisierten Hochschulgruppen) erfolgreichen Widerstand gegen Mittelkürzungen von Seiten des Landes organisiert; dazu bedarf es eines (im Ansatz) widerspenstigen Geistes.

Vielleicht wäre dann auch eine Kapitalismuskritik angebracht, die feststellen kann, dass das System gerade an allen Ecken kriselt, die Länder Milliarden in eine poröse Wirtschaft stecken müssen, damit der Schein des Funktionierens gewahrt bleibt, aber gleichzeitig die Mittel für die grundlegenden Bedürfnisse (wie Wohnen oder Bildung) gekürzt werden. Dies sind für uns keine erstaunlichen, sondern folgerichtigen Widersprüche der bestehenden Gesellschaft.

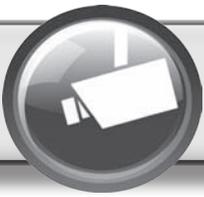
Wie dem auch sei:

Nach dem 1. Januar 2009 dürfte klar sein: Eine weitere Mietpreiserhöhung wird's nicht ohne Widerstand geben! Und wir können uns schon auf was gefasst machen, denn Stefan Christmann stellt schon die nächsten Geschenke in Aussicht:

„Eine Einschätzung über die generelle Entwicklung der Mietkosten in Göttingen lässt sich von unserer Seite aus nicht geben; was das Studentenwerk Göttingen betrifft, sehe ich derzeit - wie überall - steigende Nebenkosten auf die Studierenden zukommen.“

Bis dahin: Wir organisieren uns! - Eure Krise zahl'n wir nicht.⁴

⁴ An dieser Stelle möchten wir alle auffordern: Falls ihr nützliche Informationen habt bezüglich der aktuellen Mietpreissteigerungen: Wir bemühen uns darum, eine möglichst umfassende Sammlung zu erstellen und diese gebündelt auf unserer Homepage zu veröffentlichen. Falls ihr darüber hinaus noch Interesse und Fragen bezüglich der anstehenden Mietpreiserhöhung habt, schreibt uns eine Mail.



Ich weiß, was du letzten Sommer gegessen hast

Kritik an RFID-Chipkarten: Zum Umbau der Zentral-Mensa

Über die Hintergründe der Einführung der RFID-Chipkarte als Studentenausweis an der Uni Göttingen haben wir bereits berichtet¹. Mit dem Umbau der Zentralmensa und der Abschaffung der Essensmarken ist im Dezember ein weiterer Schritt zur Umstellung des Mensabetriebs auf die bargeldlose Bezahlung mit der Chipkarte erfolgt (http://www.studentenwerk-goettingen.de/fileadmin/_stw/gf/mensa_spezial/ms243.pdf). So werden in naher Zukunft die günstigeren Mensapreise für Studierende nur noch mit der Chipkartenbezahlung erhältlich sein.

Durch die Durchsetzung der RFID-Technologie ergeben sich eine Reihe von Effekten auf das studentische Leben:

(1) Überwachung der Studierenden, Zugangskontrollen &c. RFID-Funkchips sind zuallererst eine Überwachungstechnologie. In Fabriken werden sie eingesetzt, um die Waren innerhalb der Fertigungskette ständig kontrollieren und überprüfen zu können. Mit den RFID-Chipkarten wird es durch die Installation von Auslesegeräten (die übrigens keine großen Kosten verursacht) möglich, Bewegungsprofile zu erstellen, die Anwesenheitspflicht elektronisch und unbemerkt zu kontrollieren oder die besuchten Vorlesungen zu protokollieren. Zugangskontrollen zu bestimmten Gebäuden oder Gebäudetrakten stellen schon heute Hemmnisse für viele Studierende da. So haben reguläre Mathematikstudenten keinen Zugang ins Gebäude der Stochastik am Nordcampus und die theoretische Physik ist für Physikstudierende in den unteren Semestern verschlossen. Praktisch kommt die Universität mit dieser Abschottung wichtiger Kernbereiche dem Klischee der «internationalen Spitzenforschung» nach, die von Eliteleuchttürmen wie der Uni Göttingen betrieben werden soll, um die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der BRD zu stärken: Eine kleine An-

zahl herausragender Forscher soll dazu auserkoren sein, die Zukunft der Wissenschaft zu bestimmen. Gleichzeitig entzieht sich die Eliteforschung aber auch der demokratischen Kontrolle: ob hinter den verschlossenen Hochsicherheitstüren Rüstungs- bzw. Kriegsforschung betrieben wird, bleibt für diejenigen ohne Zugangskarte ein Geheimnis.

(2) Ausgrenzung von nicht zur Studierendenschaft gehörigen Mensanutzern, die früher von den günstigen Studentenpreisen mitprofitiert haben: junge Familien, nicht immatrikulierte Doktoranden, Arbeitslose und viele Andere. Während es früher durchaus üblich war, dass die Sozialämter die Unimensen empfohlen haben, schotteten diese sich durch die Chipkarteneinführung ab und werden in Zukunft ausschließlich Studierenden zur Verfügung stehen. Dies geschieht gerade zu der Zeit einer massiven und breiten Verarmung der Gesellschaft (Hartz 4, Massenentlassungen etc.) und wird notwendigerweise die gesellschaftliche Spaltung befördern.

(3) Sicherheits- und Datenschutzprobleme. Durch die Chipkarte werden jede Menge an Daten über studentische Gewohnheiten und ihr Verhalten produziert werden: Bewegungsprofile, besuchte Vorlesungen, bevorzugtes Mensaessen u.v.m. Diese Daten sind für Werbefachleute privater Firmen und Marktforscher Gold wert. Profile von Studierenden dienen dafür, psychologisch ausgefeilte Werbekampagnen zu kreieren. Auf dem Campus schon zu Hauf vertretene Werbung für besondere Handytarife, Jobanbieter oder günstige Zeitungsabos mögen zunächst noch harmlos erscheinen. Aber in diesem Zusammenhang stehen auch politisch motivierte Kampagnen wie die von Bertelsmann koordinierte „Du bist Deutschland!“-Kampagne. Hier stehen klare wirtschaftliche Interessen im Vordergrund und es wäre naiv anzunehmen, daß diese sich immer vollkommen mit denen der Studierenden decken würden. Die Preisgabe von Daten kann und wird zur gezielten und organisierten Manipulation verwendet. Inwieweit einmal erhobene Daten gespeichert und weitergegeben (oder sogar verkauft)

¹ vgl. Zusammenhang #18



werden, kann der einzelne Student nicht überblicken. Die Universität dokumentiert diese Angaben nicht. Hinzu kommen Sicherheitsprobleme bei RFID-Chipkarten. Die von den Herstellern als sicher verkaufte Verschlüsselung der Chips ist mittlerweile bereits geknackt, so dass mit entsprechender Software und einem Lesegerät direkt auf die Karten von Studierenden zugegriffen werden könnte, ohne dass diese das sofort bemerken. So könnte direkt Geld für die Mensa abgebucht, Daten geklaut werden.²

2 vgl. <http://www.golem.de/0804/59115.html>
<http://www.heise.de/newsticker/Programmierung-tools-zum-Mifare-Cracken-veroeffentlicht-meldung/118003>
<http://www.heise.de/newsticker/25C3-Mangelhafte-Verschlüsselung-bei-vielen-RFID-Karten-meldung/121028>

Den aufgezählten Nachteilen stehen für die Ziel-Nutzer*innengruppe jedenfalls keine wirklichen Vorteile gegenüber. Der Verkürzung von Bezahlvorgängen (ein Vorteil, der sich erledigt, wenn alle mit Karte bezahlen) stehen Intransparenz von Preisen und Kartenkontostand sowie die technische Anfälligkeit direkt auf gleicher Ebene entgegen. Angesichts der Kosten für die zu pflegende Infrastruktur dürfte es für Universität und Studentenwerk auch keine nennenswerten finanziellen Vorteile geben. So beschränken sich die »Vorteile« wohl vor allem auf den Kreis der Firmen, die hier für gepfefferte Preise ihre Technologie auf einem neuen Markt testen wollen und über genug persönlichen Einfluss verfügen, um die Universität zu ihrer Spielwiese machen zu können.

Zu denken geben sollte auch, dass die Einführung der Chipkarte, trotz ihrer Auswirkungen auf den studentischen Alltag, sozialer und politischer Bedenken, nie demokratisch legitimiert wurde. Die Studierenden wurden nie dazu befragt und es gab auch keine Abstimmung darüber. Wie die Implementierung des Bachelorsystems und die Abschaffung der Diplom- und Magisterstudiengänge (Bologna-Prozess) ist die Einführung der Chipkarte und ihre Anwendung von oben diktiert. Wer sich verweigert, wird mittels höherer Preise bestraft.

Für nähere Informationen empfehlen wir: <http://www.foebud.org/rfid>, den Chipkartenreader der Informatik Darmstadt und den Chipkartenreader »Chipkarte.Hochschule.Datenschutz« der LAK Berlin. Letzterer ist leider noch nicht online verfügbar, kann aber im Infoladen im Juzi (Öffnungszeiten: jeden Dienstag von 19:30 bis 21 Uhr) oder im 'Bunten Raum' des Philosophischen Seminars (Humboldtallee 19, im Keller) eingesehen werden.

Basisgruppe für Informatik, Mathe und Physik
<http://bgfimp.blogspot.de/>

**Ich weiß, was
du letzten Sommer
GEGESSEN
hast.**

**Gegen Chipkartenpflicht in der Mensa!
Keine Speicherung von "Bewegungsprofilen"!
=> <http://bgfimp.blogspot.de>***

uppe für Informatik/Mathe/Physik



Die Uni kriegt die Krise

Dass sich die Finanzkrise mittlerweile als handfeste Wirtschaftskrise geoutet hat, lehrt jeder allmorgendliche Blick in die Zeitung. Die Wachstumsprognosen werden derzeit im Monatstakt nach unten korrigiert, ein negatives Wirtschaftswachstum von drei Prozent wird derzeit für wahrscheinlich gehalten. Viele Firmen haben Absatzprobleme, der Druck auf dem Arbeitsmarkt dürfte demnächst merklich steigen.

Auch Unis direkt betroffen

Doch nicht erst nach dem Ende des Studiums werden wir mit den Auswirkungen der strudelnden kapitalistischen Ökonomie konfrontiert werden. So hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (kurz: KfW), die für die Vergabe von Krediten für Studiengebühren zuständig ist, bereits am 01.10. ihren Zinssatz von 5,1% auf 7% erhöht.¹ Die KfW war durch die Finanzkrise in Bedrängnis geraten und muss nun sehen, dass sie sich refinanziert. Die Privatisierung der Studienfinanzierung wendet sich nun gegen diejenigen, denen sie angeblich nutzen sollte. Die Wirtschaftskrise hat also durchaus Einfluss auf die Situation von Studierenden.

Das gilt auch für die Bereiche, in denen eine vom Staat unabhängige Finanzierung angestrebt wird. Von der US-amerikanischen Elite-Universität Harvard etwa war unlängst zu lesen, dass sie in den letzten vier Monaten etwa acht Milliarden Dollar ihres Stiftungsvermögens verloren hat. Auch ihre Partner-Uni Cambridge erwartet, dass sie im nächsten Jahr deutlich weniger Spendengelder erhalten wird. Die Universität von Georgia in Athen, GA. musste auf Grund der Krise ca. 400 Abonnements wissenschaftlicher Zeitungen abbestellen. In Ithaca, NY verhängte die Cornell Universität einen Baustopp und stellt nur noch unter Vorbehalt neue Mitarbeiter*Innen ein.²

¹ Aktionsbündnis gegen Studiengebühren: KfW erhöht Zinssatz bei Studienkrediten
<http://www.abs-bund.de/presse/3804/>

² Elite-Uni Harvard verzockt Milliarden an der Börse
<http://www.welt.de/finanzen/article2826698/Elite-Uni->

In Göttingen ist davon bislang wenig zu merken. Aber die Grenzen des Modells „Stiftungsuniversität“³ werden mehr als deutlich. Ebenso wie die Grenzen des Modells „Nach der Uni in den Job“ demnächst noch deutlicher werden sollten, als es bislang schon der Fall war. Wurde bisher von einer „Generation Praktikum“⁴ geredet, so stellt sich bald noch mehr als bislang die Frage, ob die gebeutelten Unternehmen überhaupt noch ehemalige Praktikant*Innen in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen werden. Ob wir wollen oder nicht: die Lohnarbeit wird abgeschafft - zumindest in der Form der Abschaffung des Lohnes.

Die Krise wird Studierende also an und nach der Uni treffen. Wer sich aber nicht dem blinden Wüten ökonomischer Prozesse ausliefern will, die*der muss verstehen, was da gerade passiert. Widerstand gegen die anstehenden Verschlechterungen braucht eine fundierte Analyse der Situation. Diese können wir hier sicherlich nicht in vollem Umfang liefern, aber einige Spotlights wollen wir doch werfen.

Die Mär vom „gierigen“ Finanzkapital

Zunächst ist festzustellen, dass es sich bei der Krise um kein neues Phänomen handelt. Krisen sind nichts neues im Kapitalismus, sie sind geradezu typisch für ihn. Die Weltwirtschaftskrise in den 20ern, die sogenannte Ölkrise in den 70ern, Asien- und Mexikokrise in den 90ern, das Platzen der New Economy, jetzt die Immobilienkrise und deren Folgen sprechen ihre eigene Sprache. Dass die Konjunkturkurve immer

Harvard-verzockt-Milliarden-an-der-Boerse.html

³ Stiftungshochschulen bzw. Stiftungsuniversitäten sind Hochschulen oder Universitäten, die durch eine öffentlich-rechtliche oder eine private Stiftung getragen werden. Göttingen ist seit 2003 Stiftungsuniversität. Damit erhofften sich die Entscheidungsträger*Innen eine stärkere Anbindung an die Universität.

⁴ vgl. Ernst Lohoff: Virtualisierung der Ware Arbeitskraft. Kleine Politische Ökonomie des Praktikumsbooms. http://www.streifzuege.org/texte_str/str_06-36_lohoff_dead-men_praktikanten.html



wie eine Sinuskurve schwankt, lehrt uns selbst die hiesige VWL. Aber schon die obige Aufzählung macht klar: in den letzten Jahren hat die Zahl der Krisen zugenommen, der zeitliche Abstand zwischen ihnen schwindet zunehmend und ihre Auswirkungen werden stärker. Zum ersten Mal seit langer Zeit zeigt sich die Krise nicht nur in einzelnen Weltregionen oder Branchen, sondern muss als umfassende Weltwirtschaftskrise beschrieben werden.

Insofern erscheint es auch als etwas naiv, die Schuld alleine bei „gierigen Managern“, über das brave Deutschland herfallenden „Heuschrecken“, der „anglo-amerikanischen Kultur“ oder gleich dem internationalen Finanzkapital auszumachen. Ganz im Gegenteil zu der landläufigen Auffassung, dass das Gezocke auf den Finanzmärkten beständig Firmen ruiniert, der an sich wunderbar funktionierenden Verwertung innerhalb der sog. Realwirtschaft im Wege stünde, und jetzt sogar für all die Krisenerscheinungen des Kapitalismus verantwortlich sei, spielte das „Finanzkapital“ immer schon eine tragende Rolle für eine funktionierende Kapitalverwertung: Zunächst einmal ermöglicht der Finanzüberbau überhaupt erst kapitalintensive Produktion. Kaum ein einzelner Unternehmer⁵ könnte genug Kapital aufbringen, um mit der Produktion loszulegen - Kredite oder Kapitalisierung von Aktien etc. sind hier die entsprechende Abhilfe. Je größer die finanziellen Vorkosten der Unternehmen sind, die mit wachsenden technischen Möglichkeiten notwendigerweise steigen, desto wichtiger wird die Finanzsphäre für den unmittelbaren Produktionsprozess.

Zum zweiten sorgen die Finanzmärkte für eine adäquate Konkurrenz unter den diversen Kapitalien. Erst hier wird sichergestellt, dass das Geldkapital auch dort hinfließt, wo es am ertragreichsten eingesetzt werden kann. Das Finanzkapital ist also letztlich der Garant „rationalen“ Wirtschaftens auf dem Markt. Wer einen funktionierenden Kapitalismus mit entsprechendem „Wachstum“ wünscht, der kommt

⁵ Auch wenn klar und bekannt ist, dass nicht nur Männer Unternehmen leiten, so soll doch nicht unterschlagen werden, dass die Mehrheit dieser Positionen von ihnen besetzt ist.

um die Finanzmärkte nicht herum.

Halten wir also fest: Finanzmärkte sind immer schon integraler Bestandteil des Kapitalismus. Ihnen jedoch das „produktive“ Kapital als geläutertes Opfer von „gierigen Spekulant*innen“ gegenüber zu stellen ist schlichtweg falsch. Wem die Profite auf dem Finanzmarkt nicht ganz geheuer sind, kommt um eine Kritik an der kapitalistischen Produktion und deren Profitzwang insgesamt nicht herum. Denn bei dem ganze Prozess dreht es sich ja genau darum, aus einem Euro zwei zu machen - Gewinn und Profit eben. Wozu sollte man denn sonst im Kapitalismus etwas herstellen?

Eine handfeste Wirtschaftskrise

Längere Phasen eines selbsttragenden ökonomischen Wachstums sind schon etwas her, das Wirtschaftswunder der 60er und 70er Jahre ist längst verpufft und das bisschen Wachstum, was seitdem verblieben ist, kann hauptsächlich auf eine Aufblähung von Staatshaushalten und Finanzblasen zurückgeführt werden.

Die aktuelle Krise hat also einen konkreten Ursprung: Das Ende des Fordismus⁶ am Anfang der 70er Jahre. Der in Deutschland als „Wirtschaftswunder“ bekanntgewordene Aufschwung kam hier an sein Ende. Es lohnte sich nicht mehr, die Produktion noch weiter auszudehnen, denn nach dem riesigen Sprung der Produktivität mit der mikroelektronischen Revolution konnten nun unglaublich viele neue Waren produziert werden, ohne das gleichzeitig neue Arbeitskräfte benötigen worden wären. Ganz im Ge-

⁶ Als Fordismus bezeichnet man eine nach dem Ersten Weltkrieg etablierte Form der Warenproduktion. Der Fordismus basiert auf stark standardisierter Massenproduktion und -konsumtion von Waren, die mit Hilfe hoch spezialisierter Maschinen, Fließbandfertigung, dem Taylorismus, auf massiv gesteigertem Produktivitätsniveau hergestellt wurden. Die Produktivitätssteigerung ermöglichte relativ höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung, die die entsprechende Nachfrage und die nötige „Freizeit“ für die massenproduzierten Waren ermöglichten. vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Fordismus>



genteil wurde durch die zunehmende Technisierung der Produktion immer mehr Arbeit überflüssig. Da die kapitalistisch anerkannte Reichtumsproduktion nun aber einmal auf Arbeit beruht, wurde dies zum Problem für den Kapitalismus. Mit dem Platzen der Immobilienblase ist das nun vorbei. Die Verlagerung der Investitionen in die Finanzsphäre ist also eine Folge der stockenden Verwertung in der Produktion - und gleichzeitig ein Ausgleich dafür: Das Kapital, das nicht genug ertragreiche Anlagemöglichkeiten in der Produktion fand, schuf sich eben simulierte Profite im Finanzsektor. Diese konnten zwar keine reale Verwertung mehr abbilden, aber letztlich den Sturz in die offensichtliche Krise aufschieben.

Daher sah es an den Börsen und in den Bilanzen noch lange Zeit gut aus. Aktienkurse stiegen, Währungsspekulation und der Handel mit Finanzderivaten blühte und möbelte die Unternehmensbilanzen auf. Zeitgleich wurde durch das Strecken von Kreditketten zusätzliche Kaufkraft geschaffen, mit der dann in weiten Teilen der vermeintliche Boom in Indien und China finanziert wurde. So wird seit vielen Jahren ein weiter Teil des US-Konsums aus Krediten finanziert. Sei es über Kreditkarten (das Platzen der Kreditkartenblase steht laut Medienberichten gerade bevor), sei es über Kredite aus China, die dann zum Konsum (in China) genutzt werden können, worauf die entsprechenden Gewinne als neue Kredite in die USA zurückfließen können.

Hier wird deutlich, dass ökonomischen Entwicklungen in der Realwirtschaft und im Finanzüberbau in einem speziellen Verhältnis zueinander stehen, aber dennoch die Kurse an den Börsen nicht einfach abbilden, wie es um die Verwertung in den Unternehmen gerade steht. Nach dem Kriseneinbruch im Spätsommer 2008 kommt es sogar in volkswirtschaftlichen Vorlesungen in Göttingen vor, diese beiden Sphären fein säuberlich voneinander zu trennen. Plötzlich sind die Preise der Aktien nicht mehr das Ergebnis von aufeinandertreffender Nachfrage und Angebot auf unterschiedlichen Gütermärkten, sondern Ausdruck von zwei unterschiedlichen ökonomischen Sphären. Mit der Rede von der Realwirtschaft⁷ wird deutlich, dass es nicht ausreicht,

⁷ Nach wie vor ist der Begriff der Realwirtschaft innerhalb konservativer Kreise aber umstritten. Zur „fundierten“ Kritik

ökonomische Prozesse über sich verändernde Preisbildung am Markt zu analysieren. Gesellschaftlich anerkannte Wert-Schöpfung ist zu unterscheiden von der bloßen Preisbildung. Wenn eine Aktie an der Börse ihren Wert verdoppelt, dann muss das nicht zwangsläufig auf eine Verdoppelung des realen Unternehmenswertes zurückgehen. Weder muss sich die Produktion verdoppelt haben noch der Wert der Maschinen erhöht haben. Dass via Aktienmarkt einfach höhere Summen in Bilanzen auftauchen ist nicht ausreichend für einen funktionierenden Kapitalismus. Der beruht vielmehr - und das wird derzeit wieder mehr als deutlich - auf der Verausgabung von Arbeit zur Vermehrung von Kapital.

Fassen wir also nochmal zusammen: Nachdem in den 70ern das sog. „Wirtschaftswunder“ zusammengebrochen ist, konnte kein auf dieser Basis funktionierendes kapitalistisches Regulationsmodell installiert werden. Das war auch kein Wunder, denn nach dem riesigen Sprung der Produktivität mit der mikroelektronischen Revolution konnten nun unglaublich viele neue Waren produziert werden, ohne das gleichzeitig neue Arbeitskräfte benötigen worden wären. Ganz im Gegenteil wurde durch die zunehmende Technisierung der Produktion immer mehr Arbeit überflüssig. Da die kapitalistisch anerkannte Reichtumsproduktion nun aber einmal auf Arbeit beruht, wurde dies zum Problem für den Kapitalismus.⁸

Überfluss und Mangel

Die Lage ist geradezu paradox. Einerseits gibt es durch technische Errungenschaften immer größere Reichtumspotentiale. Es können immer mehr nützliche Dinge in immer weniger Zeit hergestellt werden. Andererseits gelten im Kapitalismus aber nicht der Reichtum an nützlichen Gegenständen und guten Lebensbedingungen als wesentlicher Bezugspunkt der Ökonomie. Wenn sich gute Lebensbedin-

aus neoklassischer Sicht siehe: Dirk Friedrich: Verwirrung: Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. <http://www.ef-magazin.de/2008/10/25/760-verwirrung-realwirtschaft-und-finanzwirtschaft>

⁸ vlg. Money makes the world go round? Reflektion über kapitalistischen Reichtum. <http://www.bb-goettingen.de/187>



gungen trotzdem mal ergeben, dann fallen sie nur als Abfallsprodukt des Selbstzweckes, aus einem Euro zwei zu machen, ab. Die technisch-stofflichen Möglichkeiten dieser Gesellschaft haben mittlerweile ein Niveau erreicht, das ein gutes Leben für alle ermöglichen könnte. Gleichzeitig lassen sie sich aber nicht in der einzig gültigen Reichtumsform ausdrücken. Gesellschaftlich zählt nämlich nur der ökonomische Wert. Dieser ist letztlich nichts anderes als Ausdruck der geleisteten Arbeitszeit. Und die schwindet im Gegensatz zur steigenden Anzahl nützlicher Dinge eben dahin. Hätten wir nicht diesen ollen Kapitalismus, wäre es eigentlich nur wünschenswert, dass es weniger zu tun gibt. So wird es zu einer Bedrohung für die Menschen.

Wer die Krise also überwinden will, sollte dabei besser nicht auf den Kapitalismus hoffen. Vielmehr muss es jetzt, mehr noch als schon bislang, darum gehen, politische Forderungen ohne Rücksicht auf

ökonomische Rationalität zu stellen. Ein schönes Leben für alle ist zu ermöglichen. Und zwar umstandslos. Wenn das nicht mit dem Kapitalismus geht, dann eben ohne ihn. Besonders toll war der ohnehin nie.

info@180-grad.tk

Literatur:

Robert Kurz: Was kostet die Welt?, <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=aktuelles&index=1&posnr=340>

Ernst Lohoff: Finanzmarktsozialismus, <http://www.krisis.org/2008/finanzmarktsozialismus>

November 2008 - Januar 2009 >>

SYSTEM FAILURE - DO NOT CONTINUE!

Krise: Analysen Auswüchse Ausblicke

Eine Veranstaltungsreihe von:

180°
FÜR EINEN NEUEN REALISMUS

www.180grad.tk

unterstützt von den Fachschaften für SoWi, Hist, Phil., Geo. & Bio. Fachgruppen Pädagogik, Gleichstellungsbeauftragte an der SoWi-Fakultät & DGB-Jugend Göttingen

Thomas Seidl:
Einführung in die Krise bei Marx
17.11. 19:30, ZHG 006

Norbert Trenkle:
Weltmarktbeben - Finanzmarktkrise als Weltmarktkrise
19.11. 19:30, ZHG 101

Ernst Lohoff:
Workshop zur Krisentheorie - vom Ende der Arbeit zur Finanzblasenökonomie
29.11. 11:00, Pädagogik
(Baustr. Gerber-Str. 4/6, Nebengebäude)

Lothar Galow-Bergemann:
Grausame Heuschrecken - Gierige Manager - Geheime Mächte. Ist Krisenverarbeitung zwangsläufig regressiv?
03.12. 19:30, ZHG003

Olaf Kistenmacher:
Geschichte und Kritik antisemitischer Stereotype
08.12. 19:30, ZHG002

Karl-Heinz Lewed:
Zwischen Allmacht und Ohnmacht - Zur Krise des männlichen Subjekts
15.12. 19:30, ZHG002

Friederike Habermann:
Krise & Soziale Bewegungen - Das Beispiel Argentinien
12.01. 19:30, ZHG002

Irina Vellay:
Detroit Summer - Soziale Emanzipation nach dem Ende der Vollbeschäftigung
19.01. 19:30, ZHG002

Göttinger Alternativprojekte:
Alternativen in Göttingen - jenseits von Verwertung
26.01. 19:30, Autonomicum



Tödliche Schüsse und das Monopol der Gewalt

Am 6. Dezember wurde in Athen der 15-jährige Alexandros Grigoropoulos von einem Polizisten im Dienst erschossen. Umittelbar danach brachen in ganz Griechenland teilweise aufstandsähnliche Krawalle aus, die auch im Ausland vielfach auf Solidaritätsbekundungen stießen. Anders als von bürgerlichen Medien oft dargestellt, handelt es sich bei den Aktionen in Griechenland nicht um trauernde Schüler_innen und Student_innen einerseits und riotbegeisterte Chaot_innen auf der anderen Seite. Stattdessen werden die Konfrontationen von einer breiten Basis getragen, aufbauend auf einer bereits vorher entstandenen, starken linken Bewegung. Alexandros Ermordung wird nicht einfach als Einzelat eines durchgeknallten Bullen begriffen, sondern als Konsequenz und Gipfel der alltäglichen staatlichen Gewalt. Die in Griechenland Revoltierenden zerlegen Polizeireviere, Banken, Geschäfte großer Einzelhandelsketten usw. und greifen damit (symbolisch) den Staat und die bestehenden Eigentumsverhältnisse an. Sie haben verstanden, dass Gewalt konstitutiver Bestandteil einer kapitalistischen Gesellschaft ist. Ausgehend von der Überlegung, dass der Kapitalismus auf der Existenz von Klassen- und damit Interessengegensätzen basiert, liegt diese Erkenntnis alles andere als fern. Helfen kann dagegen nur bürgerliche Ideologie, die neben der (primär staatlichen) Gewalt das andere Element bildet, durch das die bestehenden Zustände trotz der benannten Gegensätze aufrechterhalten werden. Durch den zuvor forcierten Klassenkampf von oben

(u.a. massiver Abbau von Sozialleistungen) verlor die Ideologie in Griechenland allerdings - wie es in solchen Situationen geschehen kann, aber keineswegs muss - an Überzeugungskraft.

Da - wie selbst große Tageszeitungen angesichts der jüngsten Wirtschaftskrise zugeben mussten - die von den Aufrührer_innen attackierte Vergesellschaftungsform leider recht weit verbreitet und auch hierzulande vorzufinden ist, lohnt es sich, die hiesigen Verhältnisse ebenfalls im Hinblick auf staatliche Gewalt näher zu betrachten.

Euer System ist Gewalt ...

Angesichts der Situation in der BRD von staatlicher Gewalt zu reden mag manchen zunächst absurd erscheinen. Wie oft sind schließlich durchschnittliche Studierende mit dieser Form der Gewaltausübung konfrontiert? Dass staatliche Repression nicht mehr als solche wahrgenommen wird, zeigt allerdings nur, wie weit sie schon als selbstverständlich verinnerlicht wurde. Diese Internalisierung treibt mitunter skurile Blüten. Als der Nazi-Aufmarsch in Göttingen am 29.10.2005 mittels Barrikaden und nahezu ohne Verletzte gestoppt wurde, war von verschiedensten Seiten von massiver Gewalt die Rede. Laufen derartige Veranstaltungen hingegen wie üblich ab, d.h. die Polizei knüpelt den Weg frei, sind solche Stimmen nur selten zu vernehmen. Knüppel und Pfefferspray, im Besitz von Demonstrierenden als gefähr-



Besetzte Uni in Athen - Die Gesellschaft in Griechenland erlebt einen umfassenden Umbruch



liche Waffen angesehen, scheinen in der Hand von Polizist_Innen zu Massagegerät und Duftzerstäuber zu mutieren.

Trotz dieser Verwirrung ist es kein Zufall, dass das, was auch der deutsche Staat für sich beansprucht, Gewaltmonopol heißt. Selbst Studierende können dieses unmittelbar zu spüren bekommen, wenn sie sich entschließen bestehende Zustände auch nur ansatzweise in Frage zu stellen. Was in Göttingen unter „Studierendenprotesten“ läuft, ist in der Regel zu harmlos, um die Staatsgewalt in grün (oder neuerdings blau) auf den Plan zu rufen. Bei einer für diese Stadt ungewöhnlich offensiven Aktionsform, der Besetzung des Uni-Präsidiums im Herbst 2005, sahen sich die Protestierenden jedoch mit einem massiven Polizeiaufgebot konfrontiert. Aus der Erfahrung in anderen Städten, dass aufmucken Kieferbruch bedeuten kann, entschlossen sich die Besetzer_Innen ihre Zähne zu behalten und das Gebäude unmittelbar vor dem Einsatz der Polizist_Innen zu verlassen. Ihr Abzug wurde von den meisten Medien als „freiwillig“ rezipiert. Damit heißt Freiwilligkeit also sich der Gewaltandrohung zu beugen. Das ist der Kern der Illusion, die staatliche Gewalt nicht wahrnehmen will.

Diese Gewaltandrohung macht die tatsächliche Ausführung teilweise gar nicht mehr notwendig. Gewalt ist damit die Basis unserer Lebensrealität, ohne sich allerdings allen jeden Tag offen zeigen zu müssen. Neben der bereits erwähnten bürgerlichen Ideologie (deren Wirkmächtigkeit allerdings nicht unterschätzt werden sollte) ist es vor allem das Bewusstsein der zu erwartenden Repression, das die meisten Leute davon abhält, den Supermarkt zu verlassen ohne die zusammengesuchten Gebrauchsgegenstände vorher an der Kasse abrechnen zu lassen. Ebenso zahlen zwar die Meisten wohl eher ungern Miete, trotzdem bringen sie jeden Monat die Überweisung zur Bank. Sich von Bereitschaftspolizist_Innen auf die Straße schleifen zu lassen, erscheint dann doch noch weniger attraktiv. Dass wilde Streiks hierzulande ebenfalls mehr als selten sind, hat in Teilen die gleiche Ursache. Schließlich gilt die „Friedenspflicht“ nicht für die Polizei, die in sol-



chen Fällen die Anweisung zu durchaus unfriedlichem Einschreiten hat.

Leute mit entsprechendem Pass haben oft noch die Möglichkeit sich für die oben eingeführte Form von „Freiwilligkeit“ und damit den Erhalt ihrer körperlichen Unversehrtheit zu entscheiden. Diese Option entfällt für eine Gruppe von Menschen, deren bloße Existenz in der BRD (und anderen Staaten) offiziell nicht vorgesehen ist: Migrant_Innen ohne Aufenthaltsstatus. Hier tritt staatliche Gewalt gänzlich unverhüllt zu Tage. Den Höhepunkt der Repression bildet die gewaltsame Abschiebung, die brutale Verfrachtung in andere Länder und damit nicht selten in Folter, Elend und Tod. In Kombination mit der Aufrüstung der Grenzen werden Illegalisierte somit in eine gesellschaftliche Position gedrängt, die Gegenwehr effektiv verhindert und die Ausbeutung der Betroffenen weit über das sonst erreichbare Maß ermöglicht. Sie bilden die unterste Schicht des rassistisch segmentierten Arbeitsmarktes. Kein Wunder, dass Illegalisierte zugreifen, wenn sich dann doch mal die Möglichkeit zum Widerstand ergibt. Auch die kleinste Chance, die bestehenden Verhältnisse umzuwerfen und damit aus ihrer Elenden Situation auszubrechen, wollen viele von ihnen nicht ungenutzt lassen. In Griechenland gehören sie zu den aktivsten Akteur_innen der Revolte. Eine Gruppe albanischer Migrant_innen schrieb in einer öffentlichen Erklärung: „Diese Tage sind auch unsere! Diese Tage sind für die Migrant_innen und Flüchtlinge, die an den Grenzen, Arbeitsplätzen



und in den Polizeistationen umgebracht wurden. [...] Sie sind für die, die wegen der Bestrebung eine Grenze zu übertreten ermordet wurden, die sich zu Tode schufteten, die weil sie den Kopf nicht senken wollten oder wegen nichts ermordet wurden. [...] Diese Tage gelten der täglichen Polizeigewalt, die ungeahndet und unbeantwortet bleibt.“

Anhand der angesprochenen Punkte wird nicht nur die Gewalttätigkeit des Staates evident, sondern er offenbart hier ausserdem seinen Klassencharakter: Anders als oft propagiert, ist die Staatsgewalt nie neutral, sondern steht immer auf der Seite des Kapitals. Sowohl die Sicherung nationalstaatlicher Interessen, als auch der Eigentumsverhältnisse erfordern den Einsatz repressiver Mittel. Gewalt ist somit struktureller Bestandteil des kapitalistischen Alltags. Nicht immer erledigt der Staat dabei die ganze Drecksarbeit alleine. Eine vielfach erprobte Strategie ist es, nicht-staatlichen reaktionären oder faschistischen Gruppierungen (temporär) freie Hand zu lassen oder mit diesen zu kooperieren. Jüngstes Beispiel hierfür ist Patras, wo die Polizei zusammen mit bewaffneten Mitgliedern der faschistischen Gruppe „Goldene Morgenröte“ gegen eine linke Demonstration vorging. Zeitlich etwas weiter entfernt, dafür aber geographisch näher, liegen die Pogrome in der Bundesrepublik anfang der neunziger Jahre: In verschiedenen Städten konnten Zusammenrottungen deutscher Bürger_innen weitgehend ungehindert die Unterkünfte von Flüchtlingen und Migrant_innen attackieren. Interveniert hat die Polizei aber durchaus, dann nämlich, als Antifaschist_innen versuchten, sich gegen das Treiben des rassistischen Mobs zur Wehr zu setzen.

Alexandros Grigoropoulos wurde am 6.12. von einem Polizisten erschossen



... eure Gewalt hat System.

Ausführende der staatlichen Gewalt sind Polizeibeamt_Innen. Der Dienst im Auftrag der herrschenden Ordnung und deren ständige gewaltsame Durchsetzung bringen eine Persönlichkeitsstruktur hervor, die mit dem Begriff des „autoritären Charakters“ treffend beschrieben ist. Die Identifikation mit den bestehenden Verhältnissen ist Grundvoraussetzung für den Polizeidienst. Verstöße gegen oder gar bewusste Angriffe auf diese Ordnung werden von Polizist_Innen deshalb durchaus persönlich genommen.

Nicht zufällig überschreiten Polizist_Innen daher immer wieder die Grenzen dessen, was ihnen rechtlich ohnehin schon erlaubt ist. Einer größeren Öffentlichkeit bekannt werden solche Übergriffe in der Regel nicht. Um in die Medien zu kommen müssen die Beamt_Innen schon entweder Journalist_Innen oder die eigenen Kolleg_Innen in Zivil zusammenschlagen oder eben Leute umbringen. Die Empörung mag dann manchmal groß sein, doch ist stets von bedauerlichen Einzelfällen die Rede. Das Eingeständnis, dass sie dies nicht sind, kommt in der öffentlichen Wahrnehmung nur für andere Länder in Frage. So tauchen in bürgerlichen Medien z.B. immer wieder Berichte über polizeiliche Gewaltexzesse in Russland auf.

Die meisten Polizist_Innen entwickeln im Zuge ihrer Berufsausübung ein feines Gespür dafür, was sie sich auch über die geltenden Gesetze und Vorschriften hinaus erlauben können. Weil sie gerade dadurch ihre Funktion als Schützer_Innen der derzeitigen Zustände besonders gut erfüllen, brauchen sie mit Bestrafung nicht zu rechnen. Die Alternative von Treppe und Fahrstuhl führt auf vielen Polizeiwachen zu kurzen Verhörzeiten und den gewünschten Ergebnissen. Ebenso vereinen die alltäglichen rassistischen Übergriffe die Befriedigung von persönlichen Ressentiments und die Erfüllung staatlicher Zielsetzungen: Den Betroffenen wird klargemacht, dass sie in der BRD nichts zu suchen haben bzw. welche gesellschaftliche Stellung hier für sie vorgesehen ist. In Gesetzesform gegossen sähe ein solches Vorgehen nicht besonders gut aus („Schlagen sie den Kopf des Ausländers dreimal fest auf die Tischplatte“). Besonders dadurch, dass sie solche schriftlichen Anweisungen nicht benötigen, werden entsprechend agierende Exekutivbeamt_Innen so wertvoll: Sie üben massiv Gewalt aus und helfen



gleichzeitig mit, die Illusion der Gewaltfreiheit aufrecht zu erhalten.

Weil die Herrschenden wissen, was sie an ihnen haben und Verunsicherung im Polizeiapparat vermieden werden soll, wird in der Regel auch dann Nachsicht geübt, wenn die Büttel_innen mal etwas zu sehr über die Stränge schlagen und sich öffentliche Aufmerksamkeit nicht mehr umgehen lässt. Lange suchen kann, wer nach Mörder_innen im Dienst recherchiert, die für ihre Taten auch verurteilt worden sind. Dass der Bulle, der Alexandros erschoss, überhaupt in Haft genommen wurde, zeigt nur, wie groß die Angst vor der ausgebrochenen Revolte ist. In Deutschland scheint eine solche Angst völlig unbegründet zu sein, zumal wenn die Getöteten keine Deutschen sind. Oury Jalloh und Laye Konde waren körperlich unversehrt, bevor sie in die Hand von Polizist_innen gerieten. Kurze Zeit später waren beide tot. Laye Konde, den die Beamt_innen verdächtigen mit Drogen zu dealen, wurde so lange gewaltsam Brechmittel und Wasser eingeflößt, bis der Tod durch Ertrinken eintrat. Oury Jalloh verbrannte, an allen Gliedern fixiert, in einer Dessauer Polizeizelle, nachdem ihm zuvor noch Nase und Mittelohr zertrümmert worden waren. Angeblich soll er, obwohl er vorher mehrfach durchsucht wurde und sich nicht bewegen konnte, die feuerfeste Matratze, auf der er lag, aufgeschlitzt und die Füllung mit einem Feuerzeug angezündet haben. Sowohl der Polizeiarzt, der Laye Konde tötete, als auch die Polizist_innen, in deren Gewalt Oury Jalloh starb, wurden Anfang Dezember 2008 freigesprochen.

Für das Ende der Gewalt

Für an Emanzipation interessierte Menschen kann die Polizei in keiner Situation „Freund und Helfer“ sein. So jovial manche Beamt_Innen auch auftreten mögen, keine_R sollte sich darüber hinweg täuschen lassen, dass ihre Arbeit die Aufrechterhaltung von Herrschaft ist. Die Ansage „Ich mach’ hier nur meinen Job“ sollte deshalb auch nicht als freundlicher Hinweis darauf mißverstanden werden, dass keine persönlichen Antipathien bestehen, sondern als das was sie ist: Eine kaum verhüllte Gewaltandrohung.

Alexandros Grigoropoulos, Oury Jalloh, Laye Konde, Halim Dener, Conny Wessmann, Günther Sare, Benno Ohnesorg, Philipp Müller ... Wir werden die Opfer von Polizeigewalt nicht vergessen. Ebenso-

nig vergessen wir aber die anderen, die diesem mörderischen Gesellschaftssystem tagtäglich zum Opfer fallen, sei es durch Hunger, Ausbeutung, unbehandelte Krankheiten, Verzweiflung, Krieg ... Kapitalismus bedeutet permanente Gewalt. Wir können uns mit den bestehenden Zuständen nicht abfinden. Für das Ende der Gewalt!

„There’s some way to stop this. It’s not like lightning or earthquakes. We’ve got a bad thing made by men, and by God that’s something we can change.“
(John Steinbeck, *The Grapes of Wrath*)

Basisgruppe Geschichte
bg-geschichte@gmx.net



Zugegeben - wir sind vielleicht nicht so zentral gelegen wie andere. Dafür bestechen wir mit einem wunderschönen Garten, leckerem Essen und Trinken, netten Leuten, entspannter Stimmung und kulturellen Highlights. Außerdem ist das Kabale ein Kollektiv, soll heißen, dass ca. 15 Menschen gemeinsam arbeiten und entscheiden. Wir schenken also nicht nur Kaffee aus, wir bieten auch Raum für verschiedenste Aktivitäten, seien es Partys, Diskussionsabende, Lesungen, Konzerte und Ausstellungen oder jeden Dienstag die Frauenkneipe. Wir verkaufen nicht nur irgendwas, wir achten darauf wo unsere Produkte herkommen. Unser Kaffee ist Fair Trade, viele Produkte sind aus biologischem Anbau und unsere Speisekarte bietet auch Veganer_innen Auswahl. Das Kabale ist eben nicht irgendein Café und das ist uns wichtig. Deswegen gibt es auch einiges, was in unserer Kneipe keinen Platz hat, wie zum Beispiel sexistische Anmachens, jede Form von Rassismus und Antisemitismus!

Dem Ismus Kapitalismus konnten wir bisher noch nicht die Tür weisen, was wir im Augenblick leider schmerzlich feststellen müssen. Um das Kabale erhalten zu können sind wir daher auf eure Unterstützung angewiesen! Also ran an die Burger, Kaffee schlürfen, Bierchen trinken, Spax mampfen, Tee trinken, Wein genießen, what ever...

Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 16:00 - 01:00 Uhr
Sa: 14:00 - 01:00 Uhr
So: 10:00 - 01:00 Uhr

Geismarlandstraße, 19 Göttingen



Studium als Unterwerfungsinstanz

In den letzten Jahren ist in vielen gesellschaftlichen Bereichen durchregiert worden. Das bislang privateste, das Ich, wurde als ökonomische Ressource entdeckt. Der direkte Konkurrenzkampf zwischen den Einzelnen sollte die Lösung sein für zunehmend enger werdende Handlungsspielräume. Alle werden zu Marktsubjekten und sollen sich selbst als ökonomische Ressource begreifen, ihre kreativen und produktiven Potenziale aktivieren, sollen sich unterwerfen und zugleich aktiv einbringen, am besten so transparent und offensichtlich, dass die eigenen Bemühungen auch immer erkennbar sind.

Diese Entwicklung lässt sich auch innerhalb der Bildungsreformen nachzeichnen, von denen die heutige Studienrealität geprägt ist. Die Studiengebühren etwa tragen dazu bei, dass die je einzelnen Studierenden sich als Träger*Innen von Humankapital wahrnehmen. Gleichzeitig kann so das Lernarrangement als eines der Konkurrenz organisiert werden: Studierende müssen nicht nur den Lehrstoff lernen sondern auch, sich als unternehmerisches Individuum zu verstehen, das seine zukünftigen Ressourcen ausbildet. Studiengebühren führen so zu einer strukturellen Isolation und Vereinzeln der frischgebackenen Kund*Innen, die gerade versuchen, zu erfolgreichen Verkäufer*Innen zu werden. Als von ihrer Umwelt abgeschlossene Einheit versuchen sie, sich durchzuboxen. Wird schon irgendwie klappen.

Der Wille zum Überleben ist dabei unübersehbar. Jeder Misserfolg, jede Versagensangst muss verdrängt werden. Wenn Kommiliton*Innen mit dem Studium nicht klarkommen, dann liegt es an ihnen. Ich hingegen werde es schaffen. Tschacka! Die Möglichkeit, dass das Problem nicht in den Studierenden, sondern in den Anordnungen des Bachelor-Systems zu suchen sein könnte, taucht oftmals gar nicht mehr als Option auf.

Mit dem Bachelor ist eine vollständige Modularisierung der Studiengänge eingeführt worden. Er kann deshalb als Einführung betriebswirtschaftlicher Handlungsmodelle in den Studierendenalltag begriffen werden. Analog zu betriebswirtschaftlichen Rationalisierungsprozessen soll nun dieser Alltag derart optimiert werden, dass jeder Arbeitsschritt genau vorgegeben und hinterher abgeprüft wird. In Anlehnung an die ökonomische Lehre von der Arbeitszergliederung ließe sich hier von einer Re-Taylorisierung des Studiums sprechen.¹

Ein weiterer Punkt, in dem der Zugriff der Studienorganisation auf die Einzelnen deutlich wird, ist der ständige Leistungsvergleich, der etwa durch das Prüfungssystem FlexNow ermöglicht wird. Hier kann die strebsame Studierende stets ihren Lernerfolg im Klassenspiegel bewundern. So wird eine stete Selbstkontrolle installiert, in der über einen dauerhaften Leistungsvergleich die je individuelle Motivation, auch noch das letzte Quentchen Freizeit für den Lernerfolg zu opfern, hergestellt werden soll. Diese stetige Selbstevaluierung wird ergänzt durch semesterweise durchgeführte Lehrevaluationen und ergänzende Fremdevaluationen durch vermeintlich objektive Instanzen. „Total Quality Management“ heißt das im Fachjargon und kommt auch in diesem Fall aus der Betriebswirtschaftslehre.

Im letzten Beispiel wird bereits deutlich, dass das, was aus Sicht der Studierenden beschrieben werden kann, auch für die Uni als ganze gilt. Hier wird durch das Vergleichbarmachen von wissenschaftlichen Erfolgskriterien ein Forschungsranking eingeführt, in dem jeder Lehrstuhl, jedes Institut und jede Fakultät sich an „allgemeingültigen“ Kriterien

¹ Vgl. zur zwiespältigen Wirkung des Bachelor: Gartenzweigung - Bachelor macht alles gleich



zu bewähren hat. So soll es dem Management, also dem Universitätspräsidium, ermöglicht werden, im Rahmen gesteigerter autokratischer Kompetenzen, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Die Herstellung von Vergleichsgrößen führt somit nicht zu einer solidarischen Anerkennung anderer in ähnlicher Situation als Gleicher, sondern zu einem gnadenlosen Konkurrenzkampf. Was schon immer auch galt, wird verabsolutiert: Wichtig ist nicht, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse der Menschheit zu einem schöneren Leben verhelfen, sondern dass wissenschaftliche Reputation zum individuellen Aufstieg gesammelt wird. An mehreren Standorten wird gleichzeitig an demselben Problem gearbeitet, ohne dass die Beteiligten sich miteinander über ihre Erfahrungen austauschen würden. Wer schneller ist, heimst den Ruhm ein, wer die Ergebnisse vor der Veröffentlichung noch einmal überprüft, muss damit rechnen, dass seine Forschungsleistungen in der Zwischenzeit entwertet werden.

Was innerhalb der Universität gilt, kann auch für das bundes- und weltweite Universitätenranking festgehalten werden. Vergleichbarkeit sorgt nicht für höhere Wissenschaftlichkeit oder bessere Qualität, sondern für borniertes Durchsetzen der je eigenen Interessen. Dabei kann der Erfolg der Universität im Exzellenz-Wettbewerb dann auch den einzelnen, von Misserfolgen bedrohten Studierenden als Spiegelfläche der eigenen Selbstherrlichkeit dienen: auch ich bin Elite.

Nun machen jedoch die regelmäßigen Änderungen der Studienordnungen stets klar, dass die aktuellen Regelungen durchaus willkürlich sind. Was in der Handhabung dieser Regeln auch zu einem gewissen Opportunismus führt. Die vorhandenen Regeln werden als Rahmen behandelt, den eigenen Erfolg voranzubringen. Koste es, was es wolle. Wer sich durchsetzt, hat die Regeln verstanden und gilt als würdig, sich am Arbeitsmarkt zu verdingen. Ob das was hilft, steht dann noch mal auf einem anderen Blatt.²

julian.bierwirth@bb-goettingen.de

² Vgl. dazu „Die Uni kriegt die Krise“ S.18 in dieser Publikation

Literatur zum Weiterlesen:

Detlef Hartmann/Gerald Geppert: Cluster. Die neue Etappe des Kapitalismus. (Assoziation A, Berlin 2008)

Paolo Virno: Grammatik der Multitude. Mit einem Anhang: Die Engel und der General Intellect. (Verlag Turia und Kant, Wien 2005)

Andre Gorz: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie (Rotpunktverlag, Zürich 2004)

Roter Buchladen
Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Mail: info@roter-buchladen.de

BUCH LADEN
Nikolaikirchhof 7
ROTER

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag:
10.00 Uhr bis 18.30 Uhr
Samstag:
10.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Der Buchladen Rote Straße wurde 1972 gegründet und hatte seinen Sitz viele Jahre wirklich in der Roten Straße. Seit 1996 sind wir im Nikolaikirchhof zu finden, aber wir sind auch weiterhin ‚der Rote Buchladen‘:

Ein linkes Projekt, unabhängig und von einem engagierten Kollektiv betrieben. Auch in unserem Sortiment unterscheiden wir uns von anderen Buchhandlungen: Klein, aber fein. Wir setzen auf ein gut sortiertes und ausgewähltes Programm:

Linke Theorie und deren Diskussion, Globalisierung und Antiglobalisierungsbewegung, soziale Bewegungen, Nationalsozialismus und dessen Rezeption, marxistische Theorie, Kritische Theorie, Antirassismus und Migration, Anarchismus, um nur einiges zu nennen. Natürlich fehlt Belletristik aus unterschiedlichen Ländern ebenso wenig wie Krimis und eine große Auswahl an kritischen Zeitungen und Zeitschriften, die Ihr bei uns kaufen, aber auch bei einem Kaffee oder Tee lesen könnt. Außerdem sind die Bücher und CDs der Büchergilde Gutenberg bei uns vorrätig. Bei uns sind Flugblätter, Plakate und Informationsmaterial zu Veranstaltungen und Aktionen zu finden. Wir machen auf Anfrage Büchertische oder stellen welche für Euch zusammen. Und wir veranstalten Lesungen und stellen unsere Räume auch Anderen für Veranstaltungen zur Verfügung.

Ihr seht, es gibt einiges bei uns, was das Herz und den Kopf von LeserInnen begeistern kann. Natürlich können wir auch jedes lieferbare Buch, oft bis zum nächsten Tag, besorgen. Schaut einfach mal vorbei und lasst Euch überraschen ...



Ein Vertreter der Studierendenschaft bitte zum Lautsprecherwagen!

Wer in den letzten Monaten und Jahren einen Blick in die Tageszeitungen und Blogs wagte, konnte den Eindruck gewinnen, dass Europas Studierendenschaft ein engagierter, ein für den Staat ungemütlicher politischer Akteur ist.

...In ganz Europa? Nein, ein von beugsamen Studierenden bewohnter Staat kennt nur eine kollektive Antwort auf die Zumutungen seines Bildungssystems: Lethargie.

Während in Frankreich, Italien und zuletzt auch in Griechenland ein Großteil der Studierenden zu der Einsicht gekommen ist, dass nur eine offensive Intervention gegenüber dem Staat eine angemessene Reaktion auf Bildungsreformen oder auch den Status quo ist, kommt die Studierendenschaft in der Bundesrepublik über das Lamentieren nicht hinaus.

Warum die Studierenden in der BRD nichts auf die Beine stellen...

Den Unterschied machen wohl kaum die besonders rosigen Zustände und Zukunftsaussichten des deutschen Bildungssystems, sondern eine besonders in Deutschland verbreitenden Ideologie aus. Was für eine Ideologie das ist, zeigt sich, wenn sich dann doch in den deutschen Universitäten Protest formiert: Weder mit der Schülerschaft, noch mit den Lehrenden und Angestellten der Bildungsanstalten findet eine kontinuierliche Zusammenarbeit statt. Die Frage, in welcher Welt wir leben wollen und wie wir Bildung organisieren wollen, die zu einer Einbeziehung aller beteiligten Statusgruppen führen würde, stellt sich den Studierenden gar nicht. Tatsächlich herrscht die Annahme vor, die Universität sei eine Institution, die Service bietet und folglich dann zu kritisieren sei, wenn dieser Service mangelhaft ist. So beschränken sich die Theorien und Analysen dieser

kleinen studentischen Protestgruppen in der Regel auf hochschulpolitische Aspekte im engsten Sinne. Sie konstatieren eine Verschlechterung an den Unis. Die Bildung sei bedroht, wahlweise von der Abschaffung und Einführung von Studiengängen, wahlweise von kostenpflichtigen Zugang zur Hochschule. Der Begriff von Bildung, welcher sich hinter solchen Vorstellungen verbirgt, wird von diesen Protestgruppen selten thematisiert.

So hängt der Rückzug auf die eigene Statusgruppen an einem elitären Verständnis von Bildung.

Wie sonst ist es zu erklären, dass das Hauptargument gegen Studiengebühren und Bachelor-Studiengänge die erhöhte Belastung für die Immatrikulierten ist, nicht die verstärkte Ausgrenzung der Menschen, die eh schon von „höherer Bildung“ ausgeschlossen sind?

Die Forderung nach besserer Bildung oder kostenloser Bildung bleiben mit dieser Ideologie ebenso unsinnig wie die Forderung nach mehr Bafög. Denn in der Schule und an der Universität geht es nicht um Bildung: Diejenigen, *die den Schulstoff nicht so schnell aufnehmen können*, dürfen ja nicht einfach länger lernen als die anderen. Stattdessen werden die Schüler*Innen und Studierenden mittels Prüfungen, Noten und unterschiedlichen Schulabschlüssen einem Ausleseprozess unterzogen, an dessen Ende der Ausschluss vieler von der Möglichkeit eines Studiums steht. Dort ist mit der Selektion allerdings auch noch nicht Schluss, wie z.B. anhand der Bachelor-/Masterquoten sichtbar wird.¹

1 ...die auch eine Geschlechterhierarchie festigen wie der Fachschaftsrat der Philosophischen Fakultät in seiner Bachelor-Kritik-Broschüre gezeigt hat. (<http://fsr.blogsport.de/2008/12/23/reader-zur-kritik-am-bachelorsystem-2/>)



Soziale Proteste in Italien: Zehntausende beteiligten sich im Herbst letzten Jahres. Die Unis waren zentrale Ausgangspunkte

Das verweist auf ein grundsätzliches Problem. Schlussendlich sollte, wer die Augen vor einer Analyse und Kritik der gesamtgesellschaftlichen Zustände verschließt, auch zur Bildungspolitik schweigen. Aber auch die Einbeziehung einer solchen Perspektive muss nicht richtig sein. Die entsprechende, gängige Argumentation ist, man dürfe nicht während des Studiums mit zusätzlichem finanziellen Druck belastet sein, damit man sich besser ausbilden (lassen) kann. Man erhofft sich auf diese Weise später, seine Nützlichkeit auf dem Arbeitsmarkt besser beweisen zu können. Demnach seien die jüngsten Reformen deswegen abzulehnen, *weil die privilegierte Elite, dessen Arbeitskraft nach ihrer (Hochschul-)Ausbildung so wertvoll für die Nationalökonomie (Stichwort: Standort Deutschland) alle Zuwendungen verdiene, die es benötige, um eben diese erfolgreich zu machen.*

...und warum eine Perspektive über die Grenzen der BRD hinaus für eine Stärkung emanzipatorischer studentischer Bewegungen nützlich sein kann...

Als im Herbst die Regierung Berlusconi eine Bildungsreform durchsetzen wollte, die eine massive Kürzung der Ressourcen sowohl in den Unis wie auch in den Schulen bedeutete, gingen landesweit Studierende, Lehrende, Schüler*Innen und solidarische Menschen aus Gewerkschaften und anderen Zusammenhängen auf die Straße. Bis heute haben sich die Proteste nicht gelegt auch wenn die Regierung sie weiter ignoriert oder mit Polizeigewalt droht. Mittlerweile geht es nicht mehr allein um die Bildungsreform, sondern ebenso um die Wirtschaftskrise.

In Frankreich gibt es Bündnisse, wie sie unter anderem bei den Protesten 2006 zum *Contrat première embauche* (CPE: in deutschen Medien „Ersteinstellungsvertrag“) auftraten.

Bemerkenswert an diesen Protesten ist also zunächst die schlichte Tatsache, dass sie erfolgreich waren. Schlüssel des Erfolgs war eine Mobilisierung der Gesellschaft, die weit über die unmittelbar betroffene Gruppe hinaus ging. Am deutlichsten steht hierfür die hohe Beteiligung von Studierenden der sog. Elite-Universitäten. Die



Räumung der Sorbonne durch Spezialkräfte der Polizei erzielte in den Medien höchste Aufmerksamkeit und nun begannen alle über die Wiederkunft von Studierendenprotesten à la 68 zu philosophieren. Die Demos gegen den CPE zeichneten sich v.a. durch die Heterogenität der Beteiligten aus. Alt Eingesessene GewerkschafterInnen demonstrierten an der Seite von Jugendlichen aus den Vororten. Studierende zusammen mit Arbeitslosen. Studierende besuchten die Streikversammlungen von streikenden EisenbahnerInnen und organisierten zusammen mit diesen Proteste gegen den Verkehrsminister.

Auch in Griechenland gibt es solidarische Bündnisse: Anlässlich der Polizeigewalt, dem Mord eines Polizisten an einem Jungen, entzündete sich der Protest, welcher *sich* aber ebenso aus der Unzufriedenheit über die politisch-soziale Realität des Landes speist. Die massiven Kürzungen z.B. im öffentlichen Sektor und die Universitätsreform führen auch dort zu einer Zusammenarbeit von Studierenden und beispielsweise Schüler*Innen und Arbeiter*Innen.

In der Bundesrepublik ist so etwas kaum denkbar. Stattdessen konstruiert vor allem die studentischen Selbstverwaltung, in Göttingen unter der Führung der ADF, eine strikte Trennung von studentischen Interessen und Interessen des Restes der Gesellschaft. Von Gewerkschaften und anderen Betroffenen des Umbaus der Sozialsysteme distanziert sich diese Hochschulgruppe lieber explizit .

Hier zeigt sich besonders drastisch, wie gut es der Politik gelungen ist den Widerstand in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen zu isolieren. Denn - wie in der Vergangenheit - von den Ergebnissen der Auseinandersetzung zwischen ver.di und den Ländern sind die studentischen Hilfskräfte (HiWis) an der Uni - und das sind nicht wenige - direkt betroffen. Denn deren Gehalt orientiert sich am Stundenlohn im öffentlichen Dienst. Das wird

zwar immer dann „vergessen“, wenn es um Lohnerhöhungen geht, bei Lohnsenkungen, werden die HiWis jedoch durchaus mit bedacht. Und um nichts anderes, als um eine Stundenlohnkürzung geht es bei einer Anhebung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich. Diese würde für HiWis wegen des Gebots der „Gleichbehandlung“ einen Stundenlohnverlust von 30 Cent bringen. Von 8,02 Euro auf 7,72 Euro. Grund genug eigentlich sich zu wehren und sich zu solidarisieren.

Deshalb wäre es an der Zeit die Mauern, welche diese Ideologie baut, einzureissen und die Solidarität mit dem nächsten Umfeld an der Uni, aber auch weltweit zu leben!

Wir glauben nicht an eine Zukunft, die aus einer Gesellschaft der vereinzelt Individuen erwächst.

Wir wissen, dass die vermeintlich selbstverständlichen, quasi-natürlichen Zustände eine andere Dimension bekommen, wenn wir uns die Mühe machen, Vergleiche mit den Zuständen in anderen Ländern der Welt anzustellen.

Wir werden weiterhin die Teilnahme an einer elitäre Debatte ablehnen.

Wir fordern ein solidarisches Miteinander!

Wir fordern die Solidarität mit sozialen Bewegung weltweit!

Join your local Basisgruppe!

Basisgruppe International

<http://bginternational.blogspot.de/>



Protest = Anzeige

Der Kampf um das Autonomicum-Freiraumcafe hat juristische Konsequenzen

Es ist inzwischen fast ein Jahr her, da stürmte eine verummte mit Vorschlaghämmern und Schlagstöcken bewaffnete Polizeieinheit auf Geheiß der Unileitung den besetzten Raum MZG 1140. Die Unileitung wollte so - nachdem sie über einige Wochen Verhandlungsbereitschaft simuliert hatte - die Initiative für einen selbstverwalteten Freiraum gewaltsam ersticken. Erfolglos, denn noch am selben Abend formierte sich eine Spontandemo mit, laut Polizeiangaben, ca. 350 Teilnehmer*innen. Diese nahmen sich gegen einen massiven und z.T. extrem brutalen Polizeieinsatz die Öffentlichkeit um anzukündigen, dass der Kampf um Freiräume an der Uni konsequent weiter gehen würde. Schon am nächsten Tag zeigte sich die Unileitung verhandlungsbereit. Das Ergebnis kann seit einem Semester im Erdgeschoss der Blauen Turms genossen werden: Das Autonomicum Freiraumcafe.

Schlechte Verlierer: Die Polizei

Auf Seiten der Polizei war man mit diesem Ergebnis jedoch unzufrieden. Immerhin hatte man ihr gezeigt, dass sie gegen entschlossenen Protest auch mit wahllosen Prügelorgien nichts ausrichten können. Statt die Sache also sportlich zu nehmen setzte sie von nun an auf Foulspiel. Für die Konzeption der nun folgenden waghalsigen Spielstrategie war scheinbar zunächst einiges an Zeit von Nöten. Denn es dauert zunächst drei Monate bis sie sich für eine Revanche gewappnet sah und den Beschuldigten von einer Anzeige in Kenntnis setzte. Die Ausgangsstellung war auch nicht ganz unkompliziert. Schließlich hatte eine voreilige Polizeisprecherin sich in der Hitze des Gefechts entschieden, in der Presseerklärung der Wahrheit nur bedingt Gewalt anzutun. Und so hatte die Öffentlichkeit es polizeiamtlich, dass die zwei leicht verletzten Polizisten des Abends sich den Schaden selbst zugefügt hatten.

Es war also einiges an Kreativität von Nöten um nun doch einem der Demoteilnehmer einen Landfriedensbruch nach §125 wegen des Angriffs auf einen Polizeibeamten anzuhängen. Insbesondere da die Polizei bei den juristischen Auseinandersetzungen um Polizeiverhalten rund um linke Veranstaltungen in den letzten Jahren bereits die ein oder andere Klatsche kassiert hatte, wollte man diesmal wohl nichts anbrennen las-

sen. Und so schickt man gleich 16 Beamte als Zeugen ins Rennen. Vermutlich da diese in den letzten Jahren es nur mehr schlecht als recht geschafft hatten ihre Geschichten so abzusprechen, dass sie konsistent waren, lässt man dieses mal 15 der 16 Beamten gar nichts belastendes gegen den Beschuldigten vorbringen. Lediglich ein Polizist - der vermeintlich Angegriffene - möchte den Beschuldigten identifiziert haben. Natürlich ist der Angriff auf keinem der zahlreichen Polizeivideos dokumentiert und der Polizeiarzt hat nicht einmal eine alte Sportverletzung finden können, die er als Folge des Angriffs deklarieren konnte. Folglich muss der Zeuge zugeben, dass die vermeintlichen zahlreichen Schläge gegen Helm und Brust von Seiten des Beschuldigten keinerlei körperliche Beschwerden hinterlassen haben.

Video gelöscht

Ganz sicher scheint man sich aber bei der Polizei mit dieser Story ohnehin nicht zu sein. Auch nach fast einem Jahr war man noch nicht in der Lage, der Verteidigung die vollständige Akte zu den Verfahren zukommen zu lassen. Noch immer fehlen dort auch nach mehrfachen Anfragen der Verteidigung zwei Videos, die die Polizei von der Demo aufgenommen hat. Von einem Video, dessen Existenz erst auf Nachfragen der Verteidigung bekannt wurde, hat die Polizei inzwischen zugegeben, dass sie es gelöscht hat. Pikante Begründung: Es seien dort keine Straftaten zu sehen. Diese Logik ist stringent, entlastendes Material würde ja die ganze Story, mit der man sich so viel Mühe gegeben hat, gefährden. Nicht zu erwähnen, das auch auf den beiden verbliebenden Videos nach dem bereits vorliegenden schriftlich Transcript nichts von der angeblichen Straftat zu sehen ist. Wir haben es also mit einer Straftat zu tun, ohne Geschädigten, ohne nachweisbare Folgen und ohne visuelle Dokumentation durch eine der drei mindestens anwesenden Polizeikameras. Eine Farce nach allen Maßstäben der Rechtsstaatlichkeit. Eine Farce, die jedoch ausgesprochen hässliche Folgen für den Beschuldigten haben könnte. Das Strafmaß mit dem Polizei und Staatsanwalt hier spielen geht bis zu 3 Jahren Haft. Das ist die Höchststrafe, die auf Landfriedensbruch steht. Inzwischen ist offiziell Anklage erhoben. Ein Termin an dem dieses Stück dann Bühnenreif präsentiert wird, ist noch nicht bekannt, wird jedoch über die einschlägigen Kanäle publiziert.

info@bb-goettingen.de



„Wir sind bereit, notfalls einen Streik durchzuführen.“

Der Vorstand des Uni-Klinikums Göttingen plant die Ausgründung der Gastronomie, um Lohnkosten einzusparen (siehe BB-Zeitung #18 „Zoff am Klinikum“). Gegen diese Pläne regt sich Widerstand unter den Beschäftigten. Wir haben mit zwei aktiven Gewerkschafterinnen aus der Zentralküche über die laufende Auseinandersetzung gesprochen.

Wie begründet der Vorstand die geplante Ausgründung des Gastronomiebereichs?

Er begründet es damit, dass das gesamte Klinikum hoch verschuldet ist und Geld gespart werden müsste. Dies selbstverständlich bei uns, bei den unteren Lohngruppen. Er behauptet auch, dass es keine 30% weniger Lohn werden würden. Und dass wir uns im Prinzip keine Sorgen machen müssten.

Inwieweit wurdet Ihr über den Stand der Planungen informiert?

Es war relativ spät. Wir haben es Mitte September nur durch Zufall erfahren: Durch ein Personalratsmitglied, der es nicht mehr mit sich vereinbaren konnte und nicht mehr für sich behalten wollte, dass sie mit uns so etwas vorhaben. Dann gab es eine Teilpersonalversammlung und ca. eine Woche später so etwas wie eine Dienstbesprechung, wo der Vorstand uns eigentlich nur beruhigen wollte. Aber eigentlich waren das keine Infos, wie es weiter geht mit unseren Arbeitsverträgen und mit unserem Geld, was für uns alle ja die Hauptsache ist. Sie



Widerstand im Klinikum: Kundgebung im Dezember

haben uns gesagt, dass das erst verhandelt werden muss und dass noch Sitzungen stattfinden sollen.

Was würden die Pläne des Vorstandes für Euch persönlich bedeuten?

Ich kann meine Miete nicht mehr zahlen ohne zum Beispiel Wohngeld zu beziehen.

Deine Miete wird ja auch nicht um 30% weniger. Stell dir vor, du hast Kinder, du musst Schulbücher kaufen und zusätzlich die ganze Kinderkleidung, das ist alles teuer. Dann musst du zum Amt für ergänzende Sozialleistungen. Das kann nicht sein. Jemand, der 8 Stunden am Tag arbeitet, muss von seinem Lohn leben können und nicht noch einen Nebenjob annehmen müssen. Und nicht jeder kann einen Nebenjob annehmen. Manche von uns können das aus gesundheitlichen oder familiären Gründen gar nicht. Wenn ich mir das vorstelle: Ich komme jetzt nach Hause, und mein Kind kommt auch nach Hause, und ich sage dann, „Tschüss, ich muss jetzt noch arbeiten gehen. Sieh zu, dass du um achte im Bett liegst“ - so kann es doch nicht sein!

Was habt Ihr bisher gemacht, um Euch gegen diese Verschlechterungen zu wehren?

Einige von uns sind neu in die Gewerkschaft eingetreten. Wir haben protestiert, wir haben versucht, noch andere Bereiche zu motivieren, aktiv zu werden und uns zu unterstützen. Wir haben eine Petition bei Frau Schulte aus dem Vorstand vorgetragen und ihr die Unterschriften von unseren Kollegen aus der gesamten Gastronomie überreicht. Und einige Kollegen haben dabei versucht, ihre Ängste Frau Schulte darzulegen.

Außerdem haben wir mit Patrick Humke-Focks¹ gesprochen: Wir haben ihm unsere Situation geschildert und gefragt, ob er uns unterstützen könnte. Die Parteien SPD, Linke und Grüne im Rat Göttingen haben uns auch signalisiert, uns zu unterstützen und eine Resolution im Stadtrat gegen

¹ Mitglied des Landtages Niedersachsen und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Göttingen von DER LINKEN.



die Vorstandspläne zu verabschieden.² Eine Kollegin hat dann selbst im Stadtrat auf der Sitzung gesprochen und vorgetragen, was die Ausgründung für sie und für uns persönlich bedeutet. Davor gab es eine Kundgebung von Kollegen aus dem Uniklinikums Göttingen und es gab viele, die sich mit uns solidarisch erklärt haben.

Was sind Eure konkreten Forderungen?

Dass wir vernünftige Tarifverträge haben, am besten unsere alten. Wir fordern, dass die Ausgründung nicht stattfindet. Wir möchten weiter zur UMG dazugehören und nicht ausgegründet werden. Wir werden behandelt wie ein Aussätziger, der vors Stadttor gebracht wird. Die anderen sind Uni und wir sind außen vor. Wir möchten menschlich behandelt werden, nicht wie eine Nummer.

Wie hat der Vorstand auf Eure Forderungen und auf Eure Aktivitäten reagiert?

Die Resolution war ja am Freitag im Rathaus und gleich am Montag hat der Vorstand einen Artikel im Göttinger Tageblatt gehabt. Ich hatte richtig Wut, weil am Freitag richtig gute Stimmung gewesen ist und gleich am Montag in der Zeitung zu lesen war, dass der Vorstand erstaunt sei: Die Dinge seien nicht so, wie wir sie dargestellt haben, und die 30% weniger Gehalt würden nicht stimmen. Man wolle uns „eingliedern“ in die UMG Gastronomie GmbH. Aber wenn wir eingegliedert werden sollen, dann müssen wir erst einmal ausgegliedert - also ausgesetzt - werden. Ich war immer ein Teil des großen Ganzen und hatte das Gefühl, zum Inventar zu gehören. Und

² Diese Resolution wurde vom Stadtrat am 5.12.08 gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen

jetzt soll ich nicht mehr dazugehören?

Der Vorstand wirft der Gewerkschaft ver.di ja vor, die Ausgründung zu verzögern und damit für Unsicherheit unter den KollegInnen zu sorgen. Wie steht Ihr zu diesen Vorwürfen, und wie werden sie unter den KollegInnen diskutiert?

Für die Unsicherheit sorgt zuerst einmal der Vorstand. Der Vorstand verzögert das Ganze. Es sind nicht unsere Verzögerungen oder die durch ver.di. Das Klinikum hätte eigentlich vor sechs Jahren einen Arbeitgeberverband gründen müssen, was bis heute nicht geschehen ist. Somit sind von ver.di keine Tarifverhandlungen möglich. Der Vorstand muss seine Kiste erst einmal in Ordnung bringen. Das sind schon sechs Jahre, in denen das noch nicht geschehen ist. Aber der Vorstand wollte hausinterne Tarifverträge machen, so etwas geht nicht.

Was ist von Eurer Seite in nächster Zeit geplant?

Das wird unter uns in der nächsten Zeit verhandelt. Wir werden aufs Äußerste gehen. Wir versuchen, alles Mögliche möglich zu machen, und sind bereit, notfalls einen Streik durchzuführen. Wir geben nicht auf. Wir kämpfen um unsere alten Arbeitsverträge.

Welche Unterstützung wünscht Ihr Euch von den anderen Beschäftigten am Uniklinikum oder UnterstützerInnen außerhalb des Klinikums?

Dass sie uns alle unterstützen bei dieser Sache, weil sie die nächsten sein können, das muss ihnen klar sein. Also krempeln wir die Ärmel auf und weiter geht der Kampf.

info@bb-goettingen.de





Ein neuer Stern am Basisgruppenhimmel...

Wir sind eine Gruppe von Studierenden, die überwiegend - aber nicht ausschließlich - Sprachen studieren. Wir haben wöchentlich Plenum, zu dem wir mit dieser kurzen Selbstdarstellung noch mal herzlich einladen möchten: Jeden Donnerstag, 19.45h, Kontakt kannst Du mit uns über die folgende Adresse aufnehmen: bg-international@gmx.de.

Die BG International versteht sich als eine linke, kritische und emanzipatorische Hochschulgruppe, der es zum einen darum geht, sich mit aktuellen Ereignissen in der Universität zu beschäftigen, zum anderen sich mit Verhältnissen, Ereignissen und Zusammenhängen aus der ganzen Welt auseinanderzusetzen und diese beiden Bereiche miteinander in Verbindung zu bringen. Wir möchten dabei ausdrücklich auch Studierenden aus anderen Staaten einladen, sich in basisdemokratische (Hochschul-)Politik einzubringen und so unsere Perspektiven in einer solchen kritischen Auseinandersetzung mit sozial-politischen Themen zu erweitern.

Uns ist es wichtig, einen basisdemokratischen Umgang miteinander zu pflegen. Dabei soll jeder Mensch seine Meinung sagen und gleichberechtigt an Diskussionen teilnehmen können. Bei unserer Entscheidungsfindung soll somit nicht abgestimmt, sondern ein Konsens gefunden werden.

In Moment führen wir Diskussionen über das Bachelor/Master System, untersuchen u.a. die Interessen der Wirtschaft, die sich an die Umstrukturierungen heften, und ziehen den Vergleich zu Studierendenprotesten in anderen Orten der Welt, wie zum Beispiel in unseren ersten Vorträgen Anfang November zu den Protesten in Mexiko und Italien,.

Durch solch einen internationalen Vergleich wollen wir feststellen, inwieweit eine Politisierung durch kritische Reflexion der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in anderen Regionen der Welt ausgeprägt und wirksam ist.

Ein solcher Blickwinkel dekonstruiert die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der uns die Realität oft gegenübersteht, er zeigt, dass politisches Han-

deln und Meinungsbildung wichtig sind, um nicht der Konformität zu verfallen: Kritisches Denken und das Aufdecken von Widersprüchen sind der erste Schritt zum sozialen Fortschritt.

Da wir also Themen in einer länderübergreifenden Sichtweise betrachten wollen, steht nun als nächstes eine Auseinandersetzung mit dem Nationen-Begriff an, um so die Strukturen, die bei internationalen Vergleichen eine Rolle spielen, kritisch zu analysieren.

Für eine weltweite Solidarität!

Treffen: immer Donnerstags, 19.45

Kontakt: bg-international@gmx.de

Basisgruppen?

Links-emanzipatorische Politik an der Uni findet im Wesentlichen in Basisgruppen statt. An der Uni Göttingen gibt es in sehr vielen Fachbereichen Basisgruppen, die sich jeweils um einen kritischen Umgang mit ihrem Fach, Fachschaftsarbeit oder Themen aus Bildungs- und Gesellschaftskritik befassen.

Die einzelnen Basisgruppen sind mal mehr mal weniger stark an ihr jeweiliges Fach gebunden und haben oft eigene spezielle Themen. Jede kann aber in jede Basisgruppen gehen, egal welches Fach oder ob man überhaupt studiert. Worauf es ankommt ist der Wille politisch aktiv zu werden.

Hier findet ihr eine Übersicht über derzeitige Basisgruppen und wie ihr sie erreichen könnt.

Einsteigen?

Basisgruppen gibt es an fast allen Fachbereichen. Jede Basisgruppe hat offene Plena/Treffen, zu denen ihr jederzeit hingehen könnt, wenn ihr einsteigen wollt. Außerdem veranstalten die Gruppen regelmäßig (meist nach den Winter-O-Phasen) Einsteiger*innen-Abende, an denen ihr euch über die Themen und Arbeitsweise der BGs informieren könnt.



Basisgruppen? Da mach' ich mit!

★ Basisgruppe Biologie

Homepage: uni-goettingen.de/de/90816.html
Kontakt: fsbio@gwdg.de
Treffen: Montags 20:00h (Wilhelm-Weber-Str.)

★ Basisgruppe Ethno

Kontakt: bg_ethno_g@yahoogroups.de
Treffen: Mittwochs 20:00h Theaterstr. 14

★ Basisgruppe fIMP (für Informatik, Mathe und Physik)

Homepage: bgfimp.blogspot.de
Kontakt: bg-fimp@gmx.net
Treffen: Montags 18:00h in der Mathe-Cafete (Bunsenstr.)

★ Basisgruppe Germanistik

Homepage: bggermanistik.blogspot.de
Kontakt: bg-germanistik@gmx.net
Treffen: Montags 20:00h vor dem Haupteingang des Oeconomicum

★ Basisgruppe Geschichte

Homepage: www.bg-geschichte.org
Kontakt: bg-geschichte@gmx.net
Treffen: Montags 20:30h im Café Kabale

★ Basisgruppe Geo

Kontakt: bg-geo@gmx.de

★ Basisgruppe Kunstgeschichte

Kontakt: basisgruppekunst@web.de

★ Basisgruppe International

Homepage: bginternational.blogspot.de/
Kontakt/Contact: bg-international@gmx.de
Treffen/Meeting: Jeden Donnerstag ab 19.30h /
Every thursday 19.45h

★ Basisgruppe Jura

Homepage: bgjura.blogspot.de
Kontakt: bg-jura@web.de
Treffen: Mittwochs 20:00h im MZG 1313

★ Basisgruppe Medizin

Homepage: www.bgmed.org
Kontakt: bg.med@gmx.de
Treffen: Mittwochs 20:00h im Rosa-Luxemburg-Haus (AStA-Gebäude)

★ Basisgruppe Philosophie

Homepage: basisgruppephilosophie.wordpress.com
Kontakt: basisgruppephilosophie@yahoogroups.de
Treffen: Donnerstags 20:00h im Bunten Raum (Keller d. Humboldtallee 19)

★ ['Basisgruppe SoWi']

Homepage: www.bgsowi.de.vu
Kontakt: bgsowi@stud.uni-goettingen.de
Treffen: Montags 20:00h vor dem Haupteingang des Oeconomicum

★ Basisgruppe WiWi

Kontakt: alternative.economics.goettingen@gmx.de



Termine:

● Vortrag: Krise & Soziale Bewegungen -
Das Beispiel Argentinien
Montag 12. Januar - 19:30h
ZHG002 // Gruppe 180°

● Vortrag: Der Holocaust im Bild -
Künstlerische Auseinandersetzung vor und
nach 1945
Dienstag 13. Januar - 20:00h
Galerie Alte Feuerwache, Ritterplan //
OLAfA (Offene Linke - Alles für Alle)

● Party: Wahlparty
Mittwoch 14. Januar - 22:00h
JuZI (Bürgerstraße 41)

● Film: Mit Swing gegen Gleichschritt
Freitag 16. Januar - 20:00h
Lumiere (Geismarlandstr. 19) // KZ-
Gedenkstätte Moringen, Lumiere und
Swingband Presto

● Party: female:beatz
party für frauen*lesben*transgender*
Freitag 16. Januar 22:00h
JuZI (Bürgerstraße 41)

● Uniwahlen in Göttingen: Basisgruppen
und BB wählen!
Dienstag - Freitag, 13.-16.01.2009
Uni Göttingen

● Vortrag: Detroit-Summer - Soziale
Emanzipation nach dem Ende der
Vollbeschäftigung
Montag 19. Januar 19:30h
ZHG002 // Gruppe 180°

● Ausstellung: Die Kunst der Erinnerung
10. bis 25. Januar - täglich 10-12 und
14-18 Uhr
Galerie Alte Feuerwache, Ritterplan

● Veranstaltung: Alternativen in
Göttingen - Jenseits der Verwertung
Montag 26. Januar 19:30h
Autonomicum (Erdgeschoss ,Blauer
Turm) // Gruppe 180°

● Proteste gegen Münchner
Sicherheitskonferenz
Samstag, 07.02.
München

● Naziaufmarsch verhindern!
13. - 14. Februar
Dresden

● BUKO 2009
21.-25.05.
Uni Lüneburg



Vom 13.01.09 - 16.01.09 Basisgruppen (Fachbereich) und
Basisdemokratisches Bündnis (Studierendenparlament) wählen

Besucht unsere Homepage unter:
www.bb-goettingen.de

Aktuelle Termine +++ News +++ Bildungskritik +++ Analysen